

Deutsche Rundschau

in Polen

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 fl.
Postbezug vierteljährl. 16,08 fl., monatl. 5,36 fl. Unter Streifband im Polen monatl. 4,50 fl. Bei
Danzig 3 fl. Gold. Deutschland 2,50 fl. — Einzelnummer 25 fl. Sonntags 30 fl.
Bei höherer Gewalt (Betriebsförderung, Arbeitsniederlegung usw.) hat der Bezieher
keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Boronius Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einfältige Millimeterzeile 15 Groschen, die eintaktige Reklamezeile 100 Groschen. Danzig 10 bis 70 fl. Pf.
Deutschland 10 bis 70 Goldpf., übriges Ausland 100%. Aufschlag. — Bei Platz-
vorricht und schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur
schriftlich erbeten. — Oftersgebühr 100 Groschen. — Für das Erscheinen der
Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Postleitzahlen: Polen 202157. Danzig 2528. Stettin 1847.

Nr. 62.

Bromberg, Freitag den 15. März 1929.

53. Jahrg.

Kein Friede ohne Gerechtigkeit!

Gedanken eines Franzosen über das Minderheitsproblem.

Vor der letzten Tagung des Völkerbundsrats, in der die Verbesserung des Minderheitenverfahrens vor dem Genfer Garanten der Minderheitenrechte zur Debatte stand, begab sich der Pariser Korrespondent der Wiener "Neuen Presse" zu dem für solche Fragen sachverständigen Professor an der Sorbonne und Vizepräsidenten des Instituts de droit international A. von Lippardelle und legte ihm eine Ausserung vor, mit der Briand in Lugano in die Kontroverse zwischen Stresemann und Balsch eingegriffen hatte. Briand, so berichtete der Korrespondent, habe damals die Worte gebraucht, daß der Friede den Vorhang vor der Gerechtigkeit besiege. Wie denken Sie, Herr Professor, über diesen Standpunkt des französischen Ministers des Innern?

"Ich kann ihn unmöglich annehmen," erwiderte Professor de Lippardelle ohne Zögern. "Friede ohne Gerechtigkeit ist eine Unmöglichkeit; denn der Friede kann unter solchen Umständen niemals von Dauer sein. Dieser These zugestimmt, hieße auch die großen Gedanken der Freiheit, der Gerechtigkeit und des Rechtes sehr gering einschätzen, für die im 19. Jahrhundert in Europa und besonders in Frankreich so viel gekämpft wurde und die jetzt noch die Grundlage ja, die Ehre unserer Zivilisation ausmachen. Das heißt jedes Ideal verleugnen. Und die Ideale, sind sie nicht das Körnchen Salz, ohne welches das Leben ohne Interesse, ohne Reiz wäre? Aber diese These würde bedeuten, wir anerkennen, daß Gewalt vor Recht geht."

Der französische Professor versicherte darauf, wie sehr er über die Ungerechtigkeit, die fast überall den Minderheiten begegne, beunruhigt sei. Unglücklicherweise sei das Minoritätsgebot nicht überall respektiert worden. Die aufgezeigten nationalen Leidenschaften hätten besonders in Mitteleuropa zu bedauerlichen Verlebungen der Minoritätenrechte geführt. Das Problem der Minoritäten nötigt fortwährend zu lassen, heißts dulden, daß sich in Europa Banden herstellen, die schließlich in einem allgemeinen Konflikt austreten und die ganze europäische Ordnung in Frage stellen würden. Der erste Schritt eines neuen Krieges aber wäre der Völkerbund.

Der Korrespondent fragte darauf den französischen Rechtsprofessor, welche Mittel seiner Ansicht nach geeignet wären, eine Lösung des Problems herbeizuführen. Woraus Herr von Lippardelle einen Vorschlag mache, der eigenartigerweise in der letzten Genfer Diskussion nicht in dieser Form aufgegriffen wurde, der aber trotzdem der ernstesten Beachtung des Adelschi-Komitees und der später in San Sebastian tagenden Ratskommission empfohlen sei. Der gelehrte Franzose, der über die Wechselseitigkeiten zwischen Gerechtigkeit und Friede vernünftigere Gedanken hat, als sein Landsmann Briand, entwickelte folgenden Gedanken:

Ich denke, daß es nötig sein wird, dem Völkerbundrat die Frage der Minoritäten abzunehmen. Die Minoritätenprobleme sind keine politischen Fragen und dürfen es nicht sein. Sie auf dieses Terrain zu bringen, würde sie sofort vergessen und verwischen, ohne sie zu lösen. So ist es besonders verwirrend, daß die Minoritäten erst die Unterstützung eines oder mehrerer Ratsmitglieder erlangen müssen, wenn sie gehörig werden wollen. Diese Methode ist eine Quelle der Ungerechtigkeiten, der empörenden Ungleichheiten und der gefährlichen internationalen Erregungen. Die erste Aufgabe ist, die Minoritätenstaaten zu verhindern, Richter und Partei in einer Person zu sein. Das steht im Widerspruch zu den elementarsten Prinzipien jeder Rechtsprechung und hat sehr schwerwiegende Konsequenzen.

Es wäre wünschenswert, ein internationales Verwaltungsgericht zu gründen, eine Art von "internationalem Staatsrat", der in den Angelegenheiten der Minoritäten kompetent wäre und dessen Mitglieder jedesmal, wenn diesem Verwaltungsgerichtshof Klagen eingereicht werden, die Materie an Ort und Stelle zu untersuchen hätten. Man müßte auch die Minoritäten in der Weise organisieren, daß ihre Beschwerden von Persönlichkeit ausgehen, die entsprechend bekannt und geeignet sind, sie zu vertreten. Es könnten Ordnungsstrafen eingeführt werden, um ungerechtfertigte Klagen zu verhindern. Endlich könnte in gewissen Fällen unter sehr streng abgegrenzten Umständen ein Appell der Minoritäten vor dem Internationalen Gerichtshof gebracht werden, der als letzte Instanz fungieren würde etwa wie ein internationales Oberster Kassationshof.

Der Hauptpunkt für mich wäre, diesen Minoritätenfragen ihren wahren Charakter wieder zu geben, der administrativ und nicht politisch ist. Das hieße ihre Bedeutung durchaus nicht verringern, weit entfernt, sondern ihnen sozusagen den Stachel nehmen und sie ohne zu große Schwierigkeiten lösbar machen. Die nationalen Empfindlichkeiten wären viel weniger zu fürchten, wenn hohe Funktionäre administrativer Natur diese Fragen in einem Geist der Unparteilichkeit und Persönlichkeit zu regeln hätten und nicht Staatsmänner. In jedem Falle muß man das Problem im Sinne der Überlegung, der Mäßigung, der Gerechtigkeit und der Rationalität zu lösen suchen. Es ist leider unmöglich, daß es in Europa keine Minoritäten gibt, aber es ist sehr wohl möglich und muß erreicht werden, daß diese Minoritäten nicht unterdrückt werden, noch selbst aggressiv auftreten, daß sie in Freiheit und in Frieden im Rahmen der Staaten leben, in deren Territorien sie einverlebt sind. Das seit 1919 vom Völkerbund anerkannte und verankerte Recht der Minoritäten ist bis jetzt im Schlaß gelegen; was für Schwierigkeiten und Verdruss es auch bereiten mag, man muß es aufer-

wenden und in Aktivität setzen. Geschicht das nicht, so läuft man Gefahr, daß der Glaube sich festsetzt, der Völkerbund betrachte die Weigerung, eine Frage zu behandeln, schon als eine Lösung."

Kabinettssrat in Warschau.

Warschau, 14. März. Unter der Überschrift "In Erwartung wichtiger Entscheidungen des Kabinettsrats" bringt der dem Marschall Piłsudski nahestehende "Kurier Warszawski" in großer Aufmachung folgende Mel dung:
Ministerpräsident Prof. Bartel der sogenannte Kabinettsrat, d. h. eine Sitzung des Ministerrats, ohne Teilnahme der Unterstaatssekretäre und der Beamten einzuberufen. Der Finanzminister war durch den Leiter des Finanzministeriums, Grobński, vertreten. Marschall Piłsudski war nicht anwesend. Der Kabinettsrat dauerte bis 3½ Uhr nachmittags, worauf er nach einstündigem Pause im Staatsratssaal wiederum zusammenrat. Diese Tatsache wird in politischen Kreisen sehr lebhaft kommentiert; sie hat ein großes Interesse, zugleich aber auch Bewunderung hervorgerufen. Wie es heißt, betraten die Beratungen die Situation, die sich durch den Antrag, nach welchem der Finanzminister Czechowicz sich vor dem Staatsgerichtshof verantworten soll, sowie durch die Veröffentlichung seiner Briefe an den Ministerpräsidenten herangebildet hat. Der Pessimismus erreichte einen derartigen Grad, daß man von einer Möglichkeit einer Kabinettsänderung in allernächsten Tagen spricht.

Weshalb Czechowicz zurücktrat.

Warschau, 14. März. Die polnische Presse veröffentlichte den Wortlaut des Schreibens, das der ehemalige Finanzminister Czechowicz an den Ministerpräsidenten Bartel gerichtet hatte, und in dem er um seine Demission nachsuchte. Das Schreiben lautet:

"Sehr verehrter Herr Ministerpräsident! Vor drei Monaten, und zwar am 1. November 1928, hatte ich die Ehre, um meine Demission nachzufragen, und in einem besonderen Schreiben meinen Standpunkt in der Frage der Zusatzkredite für das Jahr 1927/28 darzulegen. Sie haben mir damals die Versicherung gegeben, daß die Nichtvorlegung der Zusatzkredite nicht die ersten Folgen nach sich ziehen werde, die ich schon damals vorausgesehen habe. Jetzt hat die Sache einen besonders drastischen Charakter angenommen. Denn der von einigen Abgeordnetenklubs angekündigte Antrag, den Finanzminister in den Auftrag zu versetzen, der zweifellos Auswirkungen hat, angenommen zu werden, kann weitgehende Konsequenzen für die finanzielle Konjunktur des Staates und besonders für die von mir unternommenen Schritte zur Erlangung eines langfristigen Credits für die Landwirtschaft auf dem französischen Geldmarkt zeitigen.

Dass einem Finanzminister der Prozeß wegen illegaler Durchführung des Budgets und wegen der Nichtvorlegung der über das Budget hinausgehenden Angaben gemacht wird, wäre eine unerhört sensationelle Tatsache, die, soweit mir bekannt ist, in der europäischen Geschichte der letzten Zeiten nicht vorgekommen ist. Man kann sich leicht vorstellen, wie diese Tatsache durch die feindselige öffentliche Meinung im In- und Auslande ausgenutzt werden würde. Diese Gründe zwingen mich, abermals die Bitte um eine Demission einzubringen. Unabhängig davon muß ich feststellen, daß ein Prozeß gegen einen ehemaligen Minister in seinen Folgen für den Staat weniger schädlich sein dürfte, als ein Prozeß gegen einen aktiven Minister.

(—) G. Czechowicz.

Eine Erklärung Dr. Strasburgers.

Der polnische Generalkommissar in Danzig Dr. Strasburger gab einem Vertreter der "Danziger Zeitung" über die mehrere Jahre polnische Geheim-Denkchrift über Danzig" eine Erklärung ab, in der er folgendes aussagte:

"Der Wortlaut der polnischen Geheim-Denkchrift über Danzig" ist nunmehr, wenn auch nicht in polnischer, so doch in deutscher Sprache veröffentlicht. Als Verfasser der Denkchrift werden von der reichsdeutschen Presse ich oder meine Mitarbeiter genannt. Seitens einer Partei ist aus diesem Anlaß eine große Anfrage im Danziger Volksrat eingegangen.

Diese letzte Tatsache veranlaßt mich, folgende amtliche Erklärung abzugeben:

Die Denkchrift stammt weder von mir, noch von einem meiner jetzigen oder früheren Mitarbeiter, noch auch sonst von einem Beamten des polnischen Ministeriums des Außenfern.

Der von der "Danziger Allgemeinen Zeitung" veröffentlichte Text ist zum großen Teil aus verschiedenen Erklärungen, Kundgebungen und Artikeln maßgebender polnischer Persönlichkeiten zusammengestellt. Verschiedene Grundgedanken der Denkchrift entsprechen daher den Grundlinien der polnischen Politik Danzig gegenüber, und zwar:

Aufrechterhaltung der durch den Versailler Vertrag geschaffenen juristischen und politischen Sachlage;

Achtung aller durch die bestehenden Verträge der Freien Stadt gewährten politischen Rechte;

Schönung Danzigs eigener Kultur;

Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung der Freien Stadt und Unterstützung der auf ihrem Gebiet gelegenen Unternehmungen, also auch insbesondere der Danziger Werft;

Auch verschiedene Ideen der Denkchrift von mehr untergeordneter Bedeutung entsprechen der polnischen Politik, wie z. B. Übertragung von Konsulats-Chrenamtern an prominente Führer der Danziger Wirtschaft oder Ent-

ziehung des Postdebits in Polen für Zeitungen, welche gegen die Integrität des polnischen Staates gerichtete Artikel veröffentlichten.

Dagegen sind andere in der Denkchrift angeführte Gedanken, wie z. B. das vorgeschlagene Tauschgeschäft: Einführung der polnischen Währung gegen Räumung der Westerplatte oder Eriegen deutscher Kredite in Danzig durch Geldgewährung seitens der polnischen Banken und ähnliche wirtschaftliche Mittel, den polnischen Einfluss in Danzig zu steigern, für Menschen, die für wirtschaftliche Dinge Verständnis haben, etwas naiv und haben mit der polnischen Politik nichts zu tun. Auch die Feststellung von der "starken Haltung" der "Danziger Allgemeinen Zeitung" im Vergleich die Denkchrift in gewissem Sinne als einen Erfolg dieser Verfassers.

Der Zweck der Denkchrift war wohl derjenige, in der Danziger Bevölkerung am Tage nach der Ankunft des polnischen Premierministers das Vertrauen zu der polnischen Versöhnungspolitik zu erhöhen. Und doch betrachtet ich die Denkchrift in gewissem Sinne als einen Erfolg dieser Versöhnungspolitik. Echt oder gefälscht, ist die Denkchrift ein neuer Beweis dafür, daß die polnische Regierung besteht ist, in Danzig eine Politik zu führen, die auf Achtung der Danziger Rechte und der Danziger Kultur und auf Förderung der Danziger Wirtschaft beruht und daß diese Tatsache von den ärgsten Feinden der polnisch-Danziger Versöhnungspolitik nunmehr ausdrücklich anerkannt worden ist. Gerade die "Telegraphen-Union" und andere ihr verwandte Telegraphen-Agenturen haben immerfort unwahre Meldungen über Polonisierungsbemühungen in Danzig, über militärische Vorbereitungen zur Annexion der Freien Stadt, über die wirtschaftliche Unterdrückung Danzigs durch Polen verbreitet und jetzt gibt diese Agentur zu, daß die polnische Politik in Danzig gerade entgegengesetzte Ziele verfolgt."

Dies der Inhalt der Erklärung des diplomatischen Vertreters Polens in Danzig. Wie vorstehend erwähnt, wird die Denkchrift im Danziger Volksrat demnächst den Gegenstand einer Anfrage bilden, wobei dann wohl auch amtliche Danziger Erklärungen zur Sache erfolgen werden.

Die patriotische Presse.

Ein Brief des Generals Haller.

Warschau, 13. März. Im Zusammenhang mit dem an den Sejmarschall gerichteten Schreiben des Prälaten Godlewski, der auf die Rede, die Marschall Piłsudski im Senat gehalten hat, reagierte, veröffentlicht jetzt der General Stanislaw Haller, Generalstabsoffizier im Jahre 1920, d. h. in der Zeit, von der im Schreiben des Prälaten Godlewski die Rede war, in der "A. B. C." eine Erklärung, in der es u. a. heißt:

"Anfang Juli 1920, nach unserer Niederlage an der Anta, die eine große Depression im Volke hervorrief, lag es dem Generalstab daran, durch eine großangelegte publizistische Aktion den Geist im Volke und unmittelbar auch in der Armee zu heben. Dies sollte mit Hilfe der Presse geschehen. Das Präferecerat kam jedoch zu der Überzeugung, daß es ohne Geld diese Aktion in dem notwendigen Umfang nicht würde durchführen können, und forderte bedeutende Kredite für die Tageszeitungen.

"Ich hätte es lieber gesehen, wenn die Blätter in einem so ernsten Augenblick ihre Hilfe unentbehrlich in den Dienst des Vaterlandes gestellt hätten. Als aber diese Hilfe unumgänglich notwendig erschien, durfte ich nicht zögern. Der Augenblick war zu ernst, als daß man nicht alles zur Besserung der Situation versucht hätte. Ich kann heute nicht sagen, welche Blätter eine finanzielle Unterstützung für die Teilnahme an dieser Aktion erhalten haben, glaube jedoch, daß entsprechende Akten im Archiv des ehemaligen Oberkommandos vorgefunden werden mühten. Auch heute zweifle ich nicht daran, daß die erwähnte Presseaktion in der damaligen drohenden Lage begründet war, und es ist nicht meine Schuld, daß sie Geld gefordert hat."

Die "Azecapolita" gibt dem Wunsche Ausdruck, daß die öffentliche Meinung darüber informiert werden müsse, welche polnischen Zeitungen sich haben Geld zahlen lassen, als es galt, in einem für den ganzen Staat drohenden Augenblick den Geist des Volkes zu heben und damit eine patriotische Pflicht zu erfüllen.

Todesfälle bei der Rheinland-Besatzung.

I Paris, 11. März. Der sozialistische Abgeordnete Barthé, der die Regierung über die zahlreichen Todesfälle zu interpellierte, gedenkt, die durch mangelnde Rücksichtnahme auf die enorme Kälte während der letzten Frostperiode unter den französischen Besatzungsstruppen im Rheinland zu verzeichnen waren, hat, wie "Paris Soir" berichtet, von den Familien der Verstorbenen sowohl, als von Mitgliedern der Besatzungsstruppen selbst umfangreiches Material erhalten. Er erklärt, daß die Soldaten die manchmal sanitären Zustände auf die Unfähigkeit ihrer Vorgesetzten zurückführen und daß unter ihnen infolgedessen starke Eregung herrsche. In Landau seien 70 Todesfälle vorgekommen, in Koblenz 80, in sämtlichen anderen Rheinlandstädten schwungswise etwas mehr als 40.

Die "Humanité" schreibt über das Sterben in der Rheinlandarmee: Die Schuld liegt größtenteils an der Unterernährung. Das Reglement bestimme, daß für die Ernährung eines Soldaten nur 4,98 Franken täglich ausgeben werden dürfen, und für das laufende Jahr habe das Budget eine weitere Herabsetzung bestimmt. Außerdem sei die Kohlemenge, die den einzelnen Truppenteilen zugesprochen werde, gleich groß ohne Rücksicht auf die geringere oder größere Kälte. So sei es denn gekommen, daß die Schlafzäle nicht mehr genügend geheizt werden konnten. Auch die Bekleidung sei genau die gleiche geblieben wie im Sommer, so daß zahlreiche Soldaten beim Postenstehen vor Kälte erfroren. Wenn Soldaten sich frank meldeten, seien sie meist als Simulanten abgewiesen worden.

Selbsthilfe der Deutschen in Bessarabien.

Im Siebenbürgisch-deutschen Tageblatt, das in Hermannstadt erscheint, schreibt Heinrich Noemich, Direktor des deutschen Knabenlyzeums in Tarutino, über die Not der Landwirtschaft in Rumänien im allgemeinen und der deutschen Landwirtschaft in Bessarabien im besonderen, aber auch über die Energie, mit der die führenden Kreise dieser Deutschen eine Hilfsaktion großen Maßstabs und mit Erfolg in Angriff genommen haben. Wir lassen den Aussatz des Herrn Direktors Noemich, der über die Lebensverhältnisse der zahlreichen deutschen Landwirte in Bessarabien interessante Auskünfte gibt, hier folgen:

Die Wirtschaftsmethoden der liberalen Regierung haben die Landwirtschaft Rumäniens in eine schwere Notlage gebracht. Auch im freien Wettbewerb wäre es unserer Landwirtschaft nicht leicht gewesen, sich bei den ungünstigen Weltmarktpreisen für Getreide zu behaupten und die Kriegserüttlerungen gutzumachen. Nun kam aber noch dazu, daß die frühere Regierung die Ausfuhr von Getreide durch große Ausfuhrtaxenlahmlegte und den Bauern zwang, seine Produkte unter dem Weltmarktpreis zu verkaufen. Dieser Mifstand, sowie die ungünstigen wirtschaftlichen Folgen der Agrarreform hatten bald alle Crispinisse der Landwirtschaft ausgesetzt: die Geldknappheit und die Kreditnot zwangen den Bauern, kurzfristige Darlehen zu hohen Zinsen aufzunehmen, deren Last er unter diesen Verhältnissen nicht mehr loswerden kann.

Die Notlage der Landwirtschaft hat sich am verhängnisvollsten in Bessarabien ausgewirkt, wo zu den allgemeinen Mißständen zwei totale Missernten hinzukamen. Die Landreform ist hier zudem am radikalsten durchgeführt worden und hat die widerstandsfähigen Wirtschaften zerstört oder doch so stark geschwächt, daß sie sich bis heute noch nicht erholt haben können. Auch sind die Hauptabsatzgebiete für die reichen Wein- und Obstsorten durch die Grenzabschließung nach Osten wegfallen, wodurch diese Wirtschaftszweige, die vor dem Kriege Geld ins Land brachten, allmählich eingehen oder doch nur den einheimischen Markt vorverloren.

So wurde die allgemeine Notlage der Landwirtschaft für den bessarabischen Teil zur wahren Katastrophe, die Verarmung und Verschuldung der Bauernbevölkerung hat erschreckliche Ausmaße angenommen. Für kurzfristige Kredite verlangen und erhalten gewissenlose Geldverleiher 48, 60, 80, 120 v. H. und mehr Jahressätze. Viele Bauern verschleudern ihren Besitz an Fleisch, Haus und Land, um dem Hunger zu entgehen, und wandern aus. Trotz aller Warnungen sind ungefähr 3000 Personen allein aus den deutschen Gemeinden im Begriff, auszumwandern, das macht 4 v. H. der wirtschaftlich noch am stärksten deutschen Bevölkerung.

Schon im Juli vorigen Jahres segte die Not scharf ein, nachdem jegliche Aussicht auf eine Ernte geschwunden war und die furchtbare Trockenheit und als deren Folgen Arbeitslosigkeit, Nahrungs- und Futtermangel von Tag zu Tag schlimmer wurden. Die kirchliche und völkische Führung der Deutschen Bessarabiens, mit Oberpastor D. Haase an der Spitze, bereiste einige von den ärmsten Gemeinden und mußte sich sagen, daß Abhilfe geschaffen werden müsse, um die Armen vor dem Hungertode und die wirtschaftlich Kräftigeren vor dem Ruin zu bewahren. Alle Versuche, im Lande eine Anleihe auf längere Frist zu erhalten, schlugen fehl, mußten schließen in Anbetracht der Geldknappheit im ganzen Lande. Es blieb nur noch der Verzug übrig, den unsere Regierung schon früher gemacht hatte, aber erst die Regierung Maniu zum erfolgreichen Ende führte: es mußte die Gewährung ausländischer Kredite anstrebt werden. Zu diesem Zweck entstanden die völkischen Organisationen Bessarabiens ihren Vertreter, Herrn Oberpastor D. Haase, ins Ausland, wo er gemeinsam mit dem Vorsitzenden der Deutschen Parlamentspartei, Herrn Dr. H. D. Roth, die Verhandlungen über ein Darlehen aufnahm. Als nach langen Verhandlungen die grundsätzliche Zustimmung deutscher Finanzkreise zu einer größeren Anleihe auf längere Frist erlangt wurde, mußte noch eine wesentliche Bedingung zum Zustandekommen erfüllt werden: die Übernahme der Anleihe durch eine kräftige Kreditorganisation unter eigener Verantwortung. Dazu waren unser Wirtschaftsverband und unsere einheimischen deutschen Banken zu schwach, und es galt nun, Kreditorganisationen der übrigen deutschen Siedlungsgebiete dafür zu gewinnen. Bereitwillig und mit auerkennerwürter Agilität stellte sich die Hermannstädter allgemeine Sparkasse für dieses große völkische Werk zur Verfügung und konnte in wenigen Wochen die Anleihe perfekt machen.

Da auch der Staat für die bessarabischen Hungergebiete durch das Abkommen mit der Dresdener Bank und der Firma Kampfmayr für 350 Millionen Lei Getreide für Brot und Saat zur Verfügung gestellt hat, ist eine Erleichterung der Lage geschaffen. Jedoch ist die staatliche Anleihe, die zudem nur auf ein Jahr gewährt ist, nicht hinreichend zur Behebung der Not in Bessarabien, erforderlich ist etwa eine Milliarde Lei. Daher sucht die Regierung eine weitere halbe Milliarde aufzunehmen. Die Rößlandsaktion für die deutschen Gemeinden ist somit eine willkommene Ergänzung des allgemeinen Hilfswerkes der Regierung. Sie war um so notwendiger, als auf die deutsche Bevölkerung, ihrem zahlreichen Anteil an der Gesamtbevölkerung entsprechend, von der staatlichen Anleihe bestensfalls 14 Millionen entfallen wären, was für die größeren Wirtschaften keine wesentliche Besserung bedeutet hätte. Mit Recht weist die Rößlinewer Zeitung "Slobodne Slovo" auf die Notwendigkeit der Erhaltung gerade der stärkeren deutschen Bauernwirtschaften hin, da sie beim bevorstehenden Wiederaufbau Bessarabiens die Hauptträger des wirtschaftlichen Aufstieges sein werden, wie sie das in der Vergangenheit unserer einheimischen Landwirtschaft stets gewesen sind.

Den deutschen Bauern in Bessarabien ist durch diese Anleiheaktion ihrer völkischen Vertreter und einer deutschen Kreditanstalt mit 80 Millionen Lei sehr gut unter die Arme gegriffen. Die Aktion gewinnt an Bedeutung durch die Tatsache, daß dieser Kredit auf fünf Jahre gewährt ist. Vor wenigen Tagen ist die Auszahlung der Anleihesumme beendet worden, es wurden 115 Gemeinden beteiligt, die ihrerseits die Weiterverteilung an die Einzelwirte vorgenommen haben. Wie hoch die Not auch in den deutschen Gemeinden bereits gestiegen war, zeigt der Umstand, daß wenige Tage nach der Auszahlung der Anleihe alle Mehrloräte unserer großen Mühlen ausverkauft waren. In vielen Familien, auch bei besseren Wirkten, war das letzte Brot ausgegangen. Drückende Schulden, die zu Wucherzinsen gestiegen waren, können nun abgestoßen werden, Futter und Saatgetreide können beschafft werden. Unsere Bauern atmen auf und gewinnen den Mut für ihre wirtschaftliche Zukunft wieder. Auch auf den Handel und die Industrie in unseren deutschen Gemeinden wird der Geldzustrom belebend wirken. Das Hilfswerk für die notleidenden deutschen Gemeinden Bessarabiens ist ein Sieg des deutschen Volksgedankens in Rumänien, ein Beweis dafür, daß ein unverschuldet in arge Not geratenes Siedlungsgebiet von der Volksgemeinschaft nicht im Stich gelassen wird.

Der Vorsitzende der Kommission Diamand übergab die Sache dem Marschallgericht.

Chinas Aufstieg.

Vom ehem. Konsul in China Dr. v. Behrens.

Höhe und weit gähnen die prächtigen Paläste der Vogelhöfen - Residenz; sie verfallen allmählich in Schutthaufen, Gras wächst auf den Binen der Stolz zum Himmel ragenden Pagoden, Wachtürme und Yamen. Die Bewohner zerstreuten sich nach allen vier Windrichtungen, viele darben und hungern. Das Kaiserreich und seine Großen sind dahin.

Peking von heute sieht noch viel trauriger aus, als Wien oder Istanbul, und sogar trauriger, als die Stadt der Kaiser aller Zeiten, Petersburg. Pekings frühere Bedeutung als Hoffsitz, als Verwaltungszentrum eines vollen Drittels der Menschheit, als Kulturlende und Hochschule der begrenzten Literaturwelt, ist geschwunden. Sogar das Gefandenviertel macht den Eindruck eines ausgestorbenen Quartiers, denn ein Teil der Diplomaten hat ihren Sitzen bereits nach Nanking verlegt, wo die Regierung des jungen republikanischen Chinas sich niedergelassen hat. Die in Peking zurückgebliebenen wissen, daß nur die Schwefeligkeit ihrer Regierungen daran schuld ist, daß sie noch in dem leeren Bienenkorb sitzen. Daher lassen sie die alten Räume verfallen. Nanking dagegen weist einen immer gewaltigeren Aufschwung auf. Regie Baustätte, Grundstückshausse, Wohnungsnote, Grunderwerb, eine Masse von Filialen chinesischer und ausländischer Banken, Handelshäuser, Vertretungen, Menschen- und Geschäftandrang von allen Seiten! Sogar Schanghai steht infolge des Aufblühens der neuen Hauptstadt am Yangtse-Flusse immer mehr zu einer Stadt zweiten Raanges herab. Diese "Perle des Fernen Ostens" - das reichste Handelsemporium Asiens - wird sich mit derselben Rolle dem neuen Weltzentrum gegenüber begütigen müssen, die bei uns im Abendlande Hamburg Berlin gegenüber zu spielen bestimmt ist: eine bessere Vorstadt, ein Umschlagplatz, ein Tor zum Innengemach.

Die Umstellung der wirtschaftlichen und innerpolitischen Verhältnisse in China kann als schlagender Beweis dafür dienen, daß der verjüngte Chinesenstaat tatsächlich zu sich kommt, nachdem er eine beinahe zwanzigjährige Revolution hinter sich hat. Zweifler an der kommenden Machtenbildung Chinas verstummen, wenn sie sich mit der gewaltigen Wandlung vertraut machen, die sich innerhalb der wenigen letzten Nachkriegsjahre auf dem Gebiete der internationalen Rechtsverhältnisse zu Chinas Gunsten vollzogen hat.

Als vor 250 Jahren die Portugiesen und Holländer als erste Europäer von seewärts, und die Moskowiter als erste eurasische Festlandmacht vom Norden her nach China gelangten und sich in seinen Grenzen zu Handelszwecken niederzulassen begannen, wurden sie, dem alten asiatischen Staatsbrauche gemäß, als Ehrengäste behandelt, die den Ortsbehörden in keiner Weise unterstellt waren, die somit extraterritorial verblieben, sobald sie eine Einladung, das Reich des Himmelssohnes zu betreten, von ihm (für jeden einzelnen Fall besonders) erhielten. Aber nur unter dieser Bedingung! Ein jeder Ausländer, der ohne diese Einladung die Grenzfähre des "Reiches der Mitte" zu überschreiten wagte, wurde als Feind behandelt und verfiel der Todesstrafe bzw. der lebenslänglichen Einferferung, es sei denn, daß er in aller Form "seinen Leib als Sr. Majestät dem Sohne des Himmels gehörend" anerkannt hat. Nicht das Land und dessen Grenzen, sondern das persönliche Verhältnis zu dem Souverän des Individuums, und die nationale Volksangehörigkeit eines jeden Einzelnen waren für die Gestaltung des wirtschaftlichen Lebens der Ausländer in China maßgebend, in allen anderen Staaten des Orients und im Abendlande im Laufe des Mittelalters war diese Norm des internationalen Rechts allgemein anerkannt. Nun haben aber die "Weißen Teufel" die Gastfreundschaft des Himmelssohnes arg missbraucht. Seit etwa 100 Jahren beginnen sie das Recht in China für sich gewaltam zu erzwingen, nachdem mächtigere und auf Kolonialraub ausgehende Großmächte Europas in Ostasien erschienen; an Stelle der schwachen Moskowiterpioniere Sibirien gesuchte Kaufleute und Diplomaten Russlands; anstatt der schwachen Kaufleute Portugals und Hollands Panzergeschwader und Belegerungs- truppen Großbritanniens, Amerikas und Frankreichs. Seit 1847 (der gewaltsame Einführung des Opiums in China durch englisches Bombardement) bis 1907 (Bewahrung chinesischen neutralen Bodens als Kriegstummelplatz durch Japan und Russland) hielt die Schmach des 400 Millionen Köpfen zählenden und ältesten Kulturvolkes an. Die der militärisch schwachen Pekinger Regierung aufgezwungenen Konventionen über die konsularische Gerichtsbarkeit und über die Selbständigkeit der Freihafenstädte Chinas ("Konzessionen" der Ausländer oder "Settlements", die in China 18 Staaten für sich bildeten) folgten,

Auf Grund dieser Konventionen (28 an der Zahl) wurde ein jeder, auch noch so unwürdiger Weltherr, dem es einmal gelungen ist, nach China einzudringen, ipso facto zum Ehrengäste des Himmelssohnes, dem weder chinesische Polizei, noch chinesische Richter oder chinesische Ortsgesetz und Sitten etwas zu bedenken hatten. — Ganze Fremdstaaten schlossen aus chinesischem Boden empor; in diesen Städten konnte der Chines in englischer und chinesischer Sprache überall folgende Ansprüche legen: "Betritt Hunde und Chinesen neu verboten." — "Chinesen dürfen auf Bürgersteigen nicht gehen und haben sich lediglich des für Fahrzeuge bestimmten Weges zu bedienen." — "In diesem Restaurant ist allen Fahrigem jeder Zugang strengstens verboten!" usw.

Außerdem gab es noch 35 andere internationale Verträge, die von Fremdregierungen untereinander, ohne Beteiligung, aber lediglich auf Kosten des Chinesenstaates, geschlossen und mit bewaffneter Hand auch durchgesetzt wurden.

Peking stürzte 1910-1928 und mit ihm — die Schmach der Gelben. Als erster Nachbarstaat Chinas sah sich der schwächste unter ihnen, der vom kommunistischen Umsturz sieber innerlich verachtete Russenstaat, gezwungen, die sogenannten ungleichen Verträge abzuschaffen. Nachdem die Bolschewiken aus dem ehemaligen mächtigen Russenreich ein schwaches Bündel moskowitischer Kleinstaaten gemacht und so den status quo ante 18. Jahrhundert wieder eingeführt hatten, untertrieben sie aufgedrungen (am 31. Mai 1924) den Verzicht der Moskauer Regierung auf alle Ansprüche der Russen auf ihre bisherige Extritorialität in China. Nach nacheinander folgten diejenigen Beispiele anderer durch den Weltkrieg, Revolutionen oder andere Bedingungen geschwächten Völker: die Deutschen, die Österreicher; dann Chile, Bolivien, Persien und die Türkei.

Die entstandene Männerbresche in der weißen Solidarität verstanden die chinesischen Diplomaten immer mehr zu erweitern. Durch Handelsvorzüge gelockt, haben 1928 auch die Vereinigten Staaten, Frankreich, Italien, Dänemark und Belgien, und zuletzt auch das stolze Britenreich die Zustimmung zum Verzicht auf ihre Extritorialität gegeben. Nur das Reich Mikados und etliche kleinere Staaten feilschten mit der Nankinger Nationalregierung um den Preis, für den sie bereit wären, dem Beispiele der übrigen zu folgen.

Man muß angeben, daß die Chinesen sich die allergrößte Mühe geben, ihre Gerichtsbarkeit, das Gefängnis- und Polizeiwesen auf die Höhe der modernen Anforderungen zu bringen, damit der Vorwurf ihrer Unzulänglichkeit, als der leste Vorwand, der von den sogenannten "civilisierten" Nationen den barbarischen Chinesen gemacht wurde, hinfällig wird. Ich habe soeben ein Exemplar des neuen chinesischen Straf- und Zivilrechts erhalten, und muß angeben, daß beide ausgezeichnet sind (Zivilrecht, teils nach russischem, teils nach deutschem Muster des BGB; der Strafcode — dem französischen in den meisten Städten, zum Teile auch dem italienischen nicht unähnlich). Gewiß, mit der Schulung des für das Riesenreich benötigten Beamtenpersonals wird es noch lange dauern; doch, wo das Wissen fehlt, hilft der angeborene chinesische Takt.

Es ist kaum zu zweifeln, daß eine Massenflucht abendländischer Elemente in China, die sich zu 95 Prozent aus dem Abschaum Europas und Amerikas rekrutieren, einsetzen wird. Die seitigen Zeiten, in denen der rechte "Geborene" straflos vom "Überseeuse" zu jeder Stunde verprügelt, betrogen und schamlos ausgebettet werden durste, sind mit einem Male vorbei.

Japan nimmt in Ostasien eine Sonderstellung ein. Es ist das in der ganzen Welt wohl am dichtesten bevölkerte Land; es sucht daher Kolonien auf dem Festlande. Diese Möglichkeit hat es (nur in ungenügendem Maße) 1906 durch die Eroberung Koreas und Liaotungs erhalten; es möchte noch die Mandchurie dazu haben. Unglückslicherweise bildet gerade die Mandchurie das einzige verhältnismäßig spärlich besiedelte und doch für Kolonisation aufnahmefähige Gebiet der Chinesenrepublik (bis ins 20. Jahrhundert hinein war es für die eigentlichen Chinesen durch die Mandchu-Kaiser künstlich abgesperrt, daher das späte Einsetzen der Kolonisationswelle vom eigentlich übervölkerten China nach dorthin). So bildet die Mandchurie den Schnittpunkt der Lebensinteressen beider großen gelben Nationen des Fernen Ostens. Dem Sieger wird auch der ganze Russische Ferne Osten zwischen dem Baikalsee und dem Stillen Ozean mühelos in den Schoß fallen.

Ein Panama im Sejm.

Expressionsversuch eines Sejmabgeordneten.

Warschau, 14. März. Am Dienstag fand eine Sitzung der Industrie- und Handelskommission des Sejm statt, in der man sich weiterhin mit dem Regierungsprojekt beschäftigte, nach welchem die Gesellschaft "Gaz Wyżodnie" (Östergas) durch die staatliche Mineralöl-Fabrik "Polmin" in Drohobycz angekauft werden soll. Nach einer längeren Debatte, in der die meisten Redner die Notwendigkeit anerkannten, die Transaktion mit Rücksicht darauf durchzuführen, daß der "Polmin" Rohstoffe braucht, wurde das Regierungsprojekt mit den Stimmen des Regierungspolubs, der PPS und der Piasten gegen die Stimmen des Nationalen Klubs, der Bauernpartei, der Wanowisten und der NPK abgelehnt.

Im Laufe der Diskussion machte der Abg. Langier (Wyzwolenie) die sensationelle Mitteilung, daß sich der Abgeordnete Tomarkiewicz (Bauernpartei), der juristischer Berater der Bank ist, durch welche die "Gaz Wyżodnie" der Regierung verkauft werden sollen, einer Expressions schuldig gemacht habe. Tomarkiewicz soll von dem Senator Miklaszewski 6000 Dollar dafür gefordert haben, daß er im Sejm bei dem Zustandekommen der Transaktion helfen werde. Miklaszewski lehnte ursprünglich ab, bat jedoch später den Abg. Langier, sich im Nebenzimmer die Konferenz anzuhören, die er mit Tomarkiewicz haben wird. Langier leistete dieser Bitte Folge und hörte, wie Tomarkiewicz eine Entschädigung für seine Hilfe forderte. Schließlich unterzeichnete Miklaszewski einen Verpflichtungsschein auf 4500 Dollar.

Die Enthüllungen des Abg. Langier rieben große Entrüstung hervor. Der in der Sitzung anwesende Abg. Tomarkiewicz erklärte, er habe keine Entschädigung verlangt, sondern nur den Wunsch gehabt, daß den Aktien, die an die Regierung verkauft werden sollen, auch die in seinem Besitz befindlichen Aktien beigegeben würden. Ein Teil dieser Aktien sei im Besitz seines Freunden, eines Belgiers, dem er eine Gefälligkeit habe erwiesen wollen, da er an der Börse zwei Dollar, bei dem Verkauf an die Regierung dagegen fünf Dollar für die Aktie erhalten hätte.

Der Vorsitzende der Kommission Diamand übergab die Sache dem Marschallgericht.

Ratstagung in Berlin?

Der Pariser "Excelsior" glaubt ankündigen zu können, daß der Böllerbundrat nach der Liquidation der Reparationsfrage eine Sitzung in Berlin abhalten würde. Später würde er dann in Prag oder einer anderen Hauptstadt der Kleinen Entente tagen. Überhaupt sollte man in Zukunft jährlich mindestens eine Tagung außerhalb Genf stattfinden lassen. Berlin ist bekanntlich schon einmal zum Tagungsort des Böllerbundrates genannt worden. Hinterher hatte sich dann doch wieder zerschlagen.

Nobile zieht sich zurück.

Rom, 13. März. Das Amtsblatt des Luftschiffahrtsministeriums veröffentlicht einen Erlass vom 7. März 1929, durch den das Rücktrittsgesuch des Generalgenerals d. D. Umberto Nobile angenommen wird. Das Rücktrittsgesuch ist zurückzuführen auf den Schuldspruch Nobiles durch den italienischen Untersuchungsausschuss in Angelegenheit seiner Polarsfahrt.

Republik Polen.

Drei neue Kriegsschiffe für Polen.

Warschau, 13. März. Im April d. J. findet der Stapellauf von drei Kriegsschiffen statt, die in Frankreich von der polnischen Kriegsmarine in Bestellung gegeben worden waren. Es handelt sich um zwei Unterseeboote "Ryś" ("Luchs") und "Wilk" ("Wolf") sowie um einen Torpedobootszerstörer "Burza" ("Sturm").

Deutschland darf bekanntlich, trotzdem es gerade keine Flilliputküste besitzt keine Unterseeboote bauen. Aber wenn es gemäß dem Friedensvertrage einen ausrangierten Panzerkreuzer eracht, dann schlägt man in Polen Alarm!

Füttert das Wild!

Bromberg, Freitag den 15. März 1929.

Pommerellen.

14. März.

Graudenz (Grudziadz).

Die Zahl der Arbeitslosen in Pommerellen nahm in der Zeit vom 3. bis 9. März um 346 Personen zu und beträgt gegenwärtig 14480. Davon entfallen auf Thorn 1619, Graudenz 1247, Culm 942, Dirschau 821, Gdingen 825, Starogard 615 und Berent 527 Arbeitslose. Der Rest verteilt sich auf andere Ortschaften Pommerellens. *

Bevölkerungsbewegung. Auf dem hiesigen Standesamt gelangten in der Zeit vom 4. bis 9. März zur Anmeldung: 29 eheliche Geburten (20 Knaben, darunter ein Zwillingsspaar, und 9 Mädchen), ferner 3 Eheschließungen und 14 Todesfälle. *

Der Weichselübergang wird trotz der Verbotstafel noch wie vor benutzt. Das Eis bietet zwar bei seiner ungewöhnlichen Stärke in diesem Winter wohl noch keine Gefahr, wenn man von der Möglichkeit des Verlusts der Decke, wie es bekanntlich auf anderen Straßen geschehen ist, absieht. Immerhin, wenn Verbote erlassen werden, so sollte auch auf deren Befolgung geachtet werden. Auf der Weichsel zeigen sich bei dem jetzigen leichten Tauwetter überall nasse Stellen, die in der Hauptstraße von dem schmelzenden Schnee, der die Eisoberfläche bedekt, herrührt. Im übrigen zeigt das Stromaussehen bis jetzt keine Veränderung. Eine solche dürfte bei der jetzigen Witterung zweifellos bald zu erwarten sein. Der Wasserstand betrug Mittwoch früh 8 Uhr unverändert 1,04 Meter. *

Der Tarifstreit der Autotaxen. Der schnell wieder beendete Ausstand der Autodroschken-Besitzer hatte, wie weiter mitgeteilt sei, als unmittelbare Ursache das scharfe Vorgehen des Magistrats, von dem auf die Tarifüberschreitungen eine Strafe von 30 Zloty für den einzelnen Fall festgelegt worden war. Nach Lage der bestehenden Bestimmungen konnte diese Geldbuße aber nur von den Droschkenchauffeuren, nicht von den Inhabern selbst erhoben werden. Infolgedessen droht die städtische Behörde, daß sie bei weiterer Tarifverlegung den Besitzern der Autotaxameter die Konzession entziehen werde. Hierauf antworteten dann diese, indem sie ihre Kraftwagen ganz aus dem Verkehr zogen. Es fand danach sofort eine Besprechung zwischen Vertretern der Droschkenbesitzer und dem Stadtverwalter, der für den Fall der unverzüglichen Wiederaufnahme des Autotaxenverkehrs zusagte, eine besondere Kommission zum Zwecke der Prüfung der strittigen Angelegenheit und eventuellen Festsetzung eines neuen Droschkenfahrtarifs zu ernennen. Hiermit erklärten sich dann die Droschkenbesitzer vorläufig zufriedengestellt und ließen ihre Kraftwagen nach einer Pause von 30 Stunden wieder den gewohnten Fahrdienst aufnehmen. *

Der Mittwoch-Wochenmarkt war gut besucht, jedoch nur schwach besucht. Das Angebot in Eisen war besonders groß, so daß sich der Preis auf 3,00 pro Mandel senkte. Butter kostete 2,70—3,00, Quark 0,50—0,60 pro Pfund. Am Geflügel gab es schöne fette Suppenhühner für 4—8. Auf dem Gemüsemarkt wurden folgende Preise notiert: Weißkohl 0,30, Rotkohl 0,40, Zwiebeln 0,30, Mohrrüben 0,20—0,25, Rote Rüben 0,20—0,25, Brüden 0,15, Salat 0,50—0,60 pro Kopfchen. Der Obstmarkt brachte Äpfel für 0,20—0,80 je nach Güte, Dörräpfel für 0,60—1,00, Päckchen für 0,60 bis 0,80, Pflaumenmus für 1,00. Auf dem Fleischmarkt kosteten frische Heringe 0,40—0,60, Barsch 1,00, Blöße 0,50—0,70, Schleie 2—2,80, Räucherheringe 0,35 pro Stück. Für Kartoffeln wurden 6—8 pro Zentner und 0,08—0,10 pro Pfund gefordert. *

Zu dem Ladenbrand in der Lindenstraße, worüber wir bereits kurz berichtet haben, ist noch nachzutragen: Das Feuer war in der Weise entstanden, daß der Inhaber des Papier- und Spielwarengeschäfts, Nikolay Włodzimierz, mit einer brennenden Kerze in das neben dem Laden befindliche, als Lager dienende Zimmer gegangen war, und dort das Licht auf eines der Regale gestellt hatte. Er hatte dann die Kerze vergessen, und von dieser sind dann dort lagernde Papier- und Spielwaren (zum Teil aus dem ja so überaus leicht entzündlichen Celluloid bestehend) in Brand geraten. Die auf den Alarm schleunigst erschienene Feuerwehr fand Magazin und Laden schon in hellen Flammen vor. Dank dem energischen Eingreifen der Wehr, die infolge Einfrierens des zunächst befindlichen Hydranten auch in diesem Falle von einem solchen, eine längere Strecke entfernten Wasserspende das Löschmaterial entnehmen mußte, gelang es in etwa einhalbständiger Tätigkeit, das Feuer zu lokalisieren. Außer dem Lager ist ein großer Teil des Ladeninhalts dem wütenden Element zum Opfer gefallen. Da der Besitzer des Geschäfts, wie schon mitgeteilt, gänzlich unverantwortlich ist, trifft ihn der große Brandbeschaden von etwa 20 000 Zloty sehr schwer. — Bei diesem Schadenfeuer handelt es sich bereits um den dritten Ladenbrand in unserer Stadt innerhalb zehn Tagen. — Etwa zehn Minuten vor dem Alarm zu vorstehendem Brande war die Wehr nach Altestraße 3 gerufen worden, wo einem schadhaften Schornstein starke Rauchwolken entströmten. Hier erwies sich jedoch eine Feuerlöschanlage nicht vonnöten. *

Scherenbrand im Landkreis Graudenz. In der Nacht zum Montag vernichtete ein Brand eine Scheune des Gutsbesitzers Eugen Stümer in Königl. Neuhalde. Das Feuer soll von einem Arbeiter durch unvorsichtiges Umgehen mit Licht hervorgerufen worden sein. Der Löschaktion, an der die Wehr der Umgegend teilnahmen, gelang es, den Brand auf seinen Herd zu beschränken und ein Übergreifen des Feuers auf das Wohngebäude zu verhüten. Der durch Vernichtung von Scheune und Inhalt angerichtete Schaden, der durch Versicherung gedeckt ist, beträgt über 30 000 Zl. *

Mit Dampf, im wahrsten Sinne des Wortes, d. h. mit der Dampfmaschine vom städtischen Güte Al. Kunterstein, wird zurzeit an der Ausfertigung eingefrorener Gullys gearbeitet. Auch eine der beiden großen Lehnmaschinen ist neben der Dampfmaschine bei der erwähnten Arbeit beihilflich. *

Bvereine, Veranstaltungen &c.

Deutsche Bühne Grudziadz. Zum letzten Male wird am kommenden Sonntag dem 17. d. M., „Der Prozeß Mary Dugan“ als Szenen- und Volkssvorstellung gespielt. Die Aufführung beginnt nachmittags um 3 Uhr und ist gegen 1/27 Uhr zu Ende. Es verläuft niemand, dieses bis zum letzten Augenblick spannende Kriminalstück zu besuchen, es wird, wie bisher, alle Besucher höchst befriedigt heimkehren lassen. (3562) *

Thorn (Toruń).

Der kontraktile Zustand zwischen der Ärzteschaft und der Krankenkasse ist beigelegt. Alle bisherigen Kassenärzte praktizieren wieder wie vorher. *

Die schwere Regierungskrise in der Natur scheint nun endlich ihre Lösung gefunden zu haben. Man darf nun mehr wohl mit Gewissheit annehmen, daß der strenge Diktator Winter zum Rücktritt entschlossen ist. Die Verhandlungen zwischen ihm und dem neuen Regierungsgewaltigen, Frühling, schweben noch immer, wobei der Letztgenannte immer mehr „Oberwasser“ — im wahrsten Sinne des Wortes — genommen. Der Tauprozeß macht rasche Fortschritte bei 12 Grad Wärme in der Sonne. In allen Straßen ist dies deutlich zu spüren, man doch fast auf Schritt und Tritt durch mehr oder minder große und tiefste Wasserpflügen hindurchschreiten. Trotz der Schneeschmelze ist der Wasserstand der Weichsel wieder etwas zurückgegangen. Mittwoch früh betrug er am Thorner Pegel 1,01 Meter über Normal. Der Übergang über das Weichelsee wurde polizeilich gesperrt. An der Brücken-Neubaustelle wurden ein paar kleinere Einsprengungen ausgeführt. Im ganzen Stromgebiet sind Veränderungen der Lage bisher noch nicht eingetreten. **

Achtung, Restaurateure! Nach einer neuen Verordnung werden Räume, in denen eine Schank- oder Bierkonzession betrieben wird, als nicht den Vorchriften entsprechend angesehen, wenn diese unmittelbar an einer Privatwohnung oder an Geschäftsräumen anderer Branchen liegen. Inhaber solcher Geschäfte müssen unter Beifügung eines Lageplans bis zum 1. April d. J. ein Gesuch an das Monopol- und Aktien-Amt (Urząd Monopolowy i Akcji) einreichen mit der Bitte um Erlaubnis zur Weiterführung. **

Auch Lehrlinge ohne Taschengeld müssen bei der Krankenkasse angemeldet werden. Bisher wurde vielfach die Ansicht vertreten, daß Lehrlinge oder Lehrmädchen, welche keinerlei Entschädigung (Taschengeld) erhalten, nicht zur Krankenkasse angemeldet werden brauchen. Diese Ansicht ist falsch. Die Krankenkasse gibt bekannt, daß auf Grund des Gesetzes betr. zwangsweise Versicherung für den Krankheitsfall (Art. 5, III vom 19. Mai 1920) auch diese Lehrlinge der Anmeldepflicht unterliegen. Das Taschengeld zahlt voll und ganz der Arbeitgeber. Diese Kategorie Versicherter hat nur Anspruch auf ärztliche Behandlung, also auf keine Unterstützung in vor dem Krankheitsfalle. **

Eine Unterschlagung in Höhe von etwa 200 Zloty wurde hier zum Schaden eines Walter Miggeme aus Danzig verübt. **

Um 40 Zloty Bargeld betrogen wurde die in der Breitestraße 18 wohnhafte Helena Malinowska durch eine unbekannte Person. **

Im Eisenbahnuze gehörig beschlossen wurde der Warschauer Bürger Jan Sudro. Ein unbekannter Täter verschwand nämlich mit seinem Pelz, seiner Mütze und seinen Handtüchern. Der Schaden des Besitzten beträgt etwa 2500 Zloty. Die Polizei ist bemüht, den Täter anzufinden zu machen. **

m. Dirschau (Eczew), 13. März. Auf der letzten Straßensitzung des hiesigen Bürgergerichts wurden verurteilt: Arbeiter Paul Niemczyk aus Pelpin hiesigen Kreises für Herroffnung eines Skandals zu 50 Zloty Geldstrafe. Stanisław Pietruszka erhielt für Schlägerei drei Tage Gefängnis. Arbeiter Paul Dobrucki aus Pelpin wurde für versuchte Beiseitung eines Arrestanten zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Arbeiter Stanislaus Kominiak aus Pelpin wegen Beamtenbeleidigung zu 100 Zloty Geldstrafe. — In der Zeit vom 15. bis 28. Februar sind auf dem hiesigen Standesamt insgesamt 23 Geburten registriert worden, darunter 3 uneheliche. In der gleichen Zeit sind 15 Todesfälle verzeichnet und 2 Eheschließungen vollzogen worden. — Die hiesige Polizei verhaftete einen 15jährigen Jungen aus Kattowitz, welcher einer dortigen Firma 200 Zl. entwendet und dann aus Furcht vor Strafe aus dem Elternhaus geflohen war. — Aus einer verschlossenen Wohnung in der Ulrichstraße stahl ein bisher unbekannter Dieb 50 Zl. und 5 Rentenmark. x

ch Ronisz (Chojnice), 14. März. Gefährter Dieb. Seit längerer Zeit verschwanden in den Räumen des hiesigen Gerichts allerlei Gegenstände, und es war nicht möglich, den geheimnisvollen Dieb zu entlarven. Man hatte schließlich auf einen Gefängnisinsassen Verdacht, der mit dem Reinigen der einzelnen Bureauräume befrant war. Am letzten Dienstag wurde nun der Gefangene namens Tomas Piekarzki aus dem Kreise Tuchel nach Verbübung einer dreimonatigen Strafe entlassen, jedoch beobachtet, da nur er als Dieb in Frage kam. Als er seine Sachen eingepackt hatte wurde er untersucht und als der Dieb ermittelt.

Thorn.

Nach langem schweren Leiden entschlief heute an ihrem 74. Geburtstage Frau Lina Moczynska geb. v. Paris.

Um stilles Beileid bitten Die Pflegerin.

Toruń, den 13. März 1929.

Berdigung Freitag, den 15. d. M., nachm. 3/4 Uhr, vom Trauerhause, Danielewskiego 3 aus.

Paul Thöber

Damen- und Herren-

Frauen-Salon,

Starý Rynek 31

empfohlen 1488

Damen-Kopfwäsche,

Bübitzschneiden,

Ondulation, Maniküre,

elekt. Massagen,

Theater- u. Ballperücken

wie Theaterfrisieren.

Ausflugstei u. Detektivbüro

"Ismada"

Toruń, Sufniennica 2, II

erledigt sämtliche

Angenommenheiten, auch

familäre, gewissenhaft

und distret. 293

Jeden Donnerstag abends 1/2 Uhr Biestunde.

Evgl.-luther. Kirche.

Badehalle (Strumytnowa) 8

Born. 16 Uhr Predigt-

gottesdienst mit Abend-

maß in Olszochin. Nachm.

Uhr Predigtgottesdienst in Thorn.

Damerai. Born. 10 Uhr Gottesdienst 1/2 Uhr Kinder-

Gottesdienst. Nachm. 3/4

Uhr: Jungmädchen- Ber-

atmung. Nachm. 5 Uhr Jungmänner- ammlung.

Mittwoch, nachm. 5 Uhr: Mission- gottesdienst.

Grabowith. Born. 10 Uhr Gottesdienst, danach

Abendmahl.

Gramatich. Nachm.

Der Obmann. 13 Uhr Gottesdienst.

Justus Wallis

Bürobedarf — Papierhandlung

Toruń. Gegründet 1853.

Wirtschaftsverband städt. Berufe

Amt. Handwerker Thorn.

Un're Monats-Versammlung

findet erst Donnerstag, den 21. März 1929,

abends 8 Uhr im Deutschen Heim statt.

Geicht über die Generalversammlung in Bromberg.

3632

Der Obmann. 13 Uhr Gottesdienst.

w Soldan (Działdowo), 13. März. Der am gestrigen Tage hier selbst stattgefundenen Vieh-, Pferde- und Krammarkt war trotz der verschneiten schlechten Verkehrswege sehr gut von Verkäufern wie auch Käufern besucht. Der Auftrieb von Kleinvieh war mittelmäßig und brachte folgende Preissnotierungen: erste Sorte Milchkühe 400—500 Zloty, zweite Sorte 300—390 Zloty, dritte Sorte 225—300 Zloty, Färjen einjährige 100 Zloty, über 1½ bis 2 Jahren 150—180 Zloty, Fettvieh war von 48—65 Zloty pro 50 Kilogramm Lebendgewicht zu haben. Der Pferdeauftrieb war groß und es wurden auch hohe Preise verlangt, jedoch nicht gezahlt. Zugspferde brachten 600—800 Zloty, gute Arbeitspferde 380—500 Zloty, dritte Sorte 200—300 Zloty. Es wurden aber wenig Abschlüsse gemacht. Der Krammarkt brachte viele Verkaufsaufschlüsse. — Der Arbeiter und Nachtwächter Rutschowski ist aus Klein Lenk hiesigen Kreises, welcher seine Kuh für 225 Zloty verkauft hat, mußte zu Hause feststellen, daß ihm der ganze Betrag nebst Notizbuch und Militärpapieren gestohlen worden war.

d Starogard (Starogard), 12. März. In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung gelangten zur Kenntnisnahme: die Mandatsniederlegung des Mitgliedes B. Kuroński, der Bericht des Schlachthaus und das Revisionsprotokoll der Stadtparkasse und schließlich die Widerrufung eines Artikels des „Dziennik Bydgoski“. Es wurde beschlossen, den Marktplatz zu regulieren und zu ebnen. 300 000 Zloty werden die Baukosten betragen. Die Arbeiten, die in der Bahnhofstraße und im südlichen Teile des Marktes in diesem Jahre begonnen werden, werden mehrere Jahre dauern. Der Marktplatz wird in der Nähe des Rathauses, wo die Wochenmärkte stattfinden, mit Zementsteinen ausgelegt werden, um den Reihenhof ein Pfaster aus schwedischen Kalksteinen. Die Bürgersteige werden bis zur Häuserfront verbreitert werden. Die Bergstraße, die einen Teil des Verkehrs der Bahnhofstraße übernehmen soll, wird reguliert und neu gepflastert werden. Über den Kanal wird ein Eisenbetonbrücke gebaut. Das zur Straßenverbreiterung benötigte Gelände beschloß man von Herrn Rekowski zu erwerben. Zwecks Verbindung der Königsstraße mit dem Bahnhof wurde der Magistrat erachtigt, das zum Straßenbau nötige Terrain von Herrn Maciejewski zu erwerben. Für langjährige Dienste wurden folgende Prämien festgestellt: Für dreijährige Dienstzeit 30 Zloty, für 6 Jahre 45 Zloty, 10 Jahre 60 Zloty und 15 Jahre 75 Zloty. In die Revisionskommission der Kommunal-Sparkasse wurden die Herren Aleksanderowicz und Nagorski gewählt. Der Zusatz-Haushaltungsplan des städtischen Elektrizitätswerkes wurde auf 9000 Zloty festgestellt. In der Kommunal-Kreditbank in Posen beschloß man, ein laufendes Konto von 50 000 Zloty zu eröffnen. Gemäß der Verordnung des Wojewoden einige man sich darauf, einen zweiten Magistratsdienner anzustellen, der für die Reinlichkeit der Höfe, Straßen, Plätze usw. zu sorgen hat. Hierauf folgte eine kurze geheime Sitzung.

x Zempelburg (Sepólno), 12. März. Der Verkehr auf dem legten Wochenmarkt war bei gelinderem Wetter etwas lebhafter, als der Vormarkt. Das Angebot an Butter, die mit 2,30—2,60 verkauft wurde, war genügend. Eier kosteten 3,50 die Mandel, Weiß- und Rotkohl 0,40, Zwiebeln 0,45—0,50, Brüden 0,10—0,20 pro Kopf. Außer den reichlich angebotenen grünen Heringen zu 0,50 gab es auch Karpaus zu 0,70 und Brassen zu 0,80. — Eine gleichfalls regere Zufuhr bemerkte man auf dem Schweinemarkt; bessere Hersteller wurden mit 43—45, geringere Ware mit 38 pro Paar gehandelt. Die Nachfrage war lebhaft. — Auf dem am Montag, 11. d. M., im Hotel Polonia veranstalteten Volksversteigerung, die sehr gut besucht war, herrschte besonders rege Nachfrage nach Brennholz. Aus den Schubbezirken Gießfelde, Lutau, Neuhof und Zalesia kamen Kiefernholz zu 19—20, Birkenholz zu 21, Eichenholz zu

aktiven Mannschaften der Feuerwehr, des Ruderclubs, sowie sämtlicher Turn- und Sportvereine zusammengeht. Diese für die Rettung von Menschen und Vieh tätige Hilfe trifft unter Aufsicht des Landratsamtes vorbereitet und tötig Arbeit, bis im Falle einer Gefahr die Danziger Pionierzüge eintreffen. Auch diese Mannschaften werden zurzeit durch den Kreisbaurat mit dem vorhandenen Netzmaterial vertraut gemacht. Durch die bei Pfeil fürztlich vorgenommenen Einsprüchen halten infolge ungünstigen Windes starke Schäden bei Rothebude an den Ufern eine Eisverschiebung verursacht. Da zudem der Pegelstand der Weichsel ungewöhnlich an dieser Stelle unnormal liegt, konnte die Damwähre nicht anlegen und mußte in der Nacht zum Dienstag ihren Betrieb einstellen. Der Autobusverkehr Danzig-Tiegenhof wurde hierdurch ebenfalls unterbunden. Seit Dienstag ist die Fähre wieder in Betrieb.

* Ein schwerer Unfall hat sich in Hohenstein ereignet. Der 41 Jahre alte Eisenbahnmärter Paul Tschötski hatte mit seiner Ehefrau das Bahnwärterhaus 160, in dem das Ehepaar wohnt, verlassen, um nach Hohenstein zu gehen. Da kein passierbarer Weg vorhanden war, benutzte man den Schienenzug. Plötzlich kam ein Güterzug und fuhr das Ehepaar an. Die Ehefrau wurde 10 Meter mitgeschleift und erlitt einen Schädelbruch, einen komplizierten Armbruch und Unterhalskeletbrüche. Auch der Ehemann wurde schwer verletzt. Das verunglückte Ehepaar wurde nach Danzig ins Städtische Krankenhaus gebracht. Der Zustand beider ist bedenklich.

* Selbstmordversuch. Dienstag abend um 7.20 Uhr stürzte sich am Dominikuswall eine Frauensperson in selbstmörderischer Absicht vor einen Personenkraftwagen. Obwohl der Chauffeur den Wagen sofort zum Stehen brachte, konnte er nicht verhindern, daß sie überschritten wurde. Der Chauffeur brachte die Lebensmüde ins Städtische Krankenhaus, wo sie mit schweren inneren Verletzungen danteler liegt.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* Lemberg (Lwów), 12. März. Ein dreister Raubüberfall wurde auf einen Geldbriefträger verübt. Als der Geldbriefträger Kochanowski die Wohnung einer Familie Maißlum betrat, um der Untermieterin Paula Bronsman einen Betrag in Höhe von 10 Zloty auszuzahlen, wurde er von zwei jungen Männern, die sich im Zimmer befanden, zu Boden geschlagen. Der Geldbriefträger setzte sich jedoch zur Wehr, ergriff ein Tintenfass und warf es durchs Fenster auf die Straße. Die Passanten sowie die Nachbarn wurden durch das Klirren der Fensterscheiben alarmiert, so daß die Banditen von ihrem Opfer lassen und die Flucht ergreifen mußten. Es entpann sich eine wilde Jagd. Die Banditen griffen zum Revolver und begannen auf ihre Verfolger zu schießen. Ein Polizist und ein Straßenbahnwagen wurden dabei schwer verletzt. Die Polizei mahlte nun auch ihrerseits von der Waffe Gebrauch und schoss einen der Banditen nieder. Dieser verließte sich heftig, um schließlich die letzte Kugel gegen sich selbst abzufeuern. Während die Bronsman entkam, wurde der zweite Bandit verhaftet, der behauptet, Mezuks zu befreien, doch wurde von der Polizei festgestellt, daß es sich um den ukrainischen Studenten Marczak handelt. Über seinen loten Kameraden vermeigerte Marczak jede Rücksicht. Es hat sich unterdessen herangestellt, daß es sich bei dem Toten um den Studenten Jaroslaw Lutomirski handelt. Was die Bronsman anbelangt, so stellte es sich heraus, daß auf diesen Namen ein Universitätsausweis lautete, der vor einigen Tagen entwendet wurde. Der Geldbriefträger, der schwer verletzt wurde, konnte jedoch die Aussage machen, daß er bereits am Montag an die Bronsman 10 Zloty ausgezahlt habe. Man wollte wahrscheinlich auf diese Weise feststellen, um welche Zeit er nach der Wohnung der Maißlum komme.

* Warschau (Warszawa), 13. März. Ein Versuchstat einer Bierzehnjährigen. Die Braehobniasstraße in Warschau war kürzlich der Schauplatz einer blutigen Eifersuchtsszene unter Kindern. Die 14-jährigen Volksschülerinnen Maria Bezkowna und Sabina Kołowska waren in den 17 Jahre alten Schüler einer Handwerkerhülle verliebt. Der Junge hatte nur für die Bezkowna Interesse. Eines Tages fäste die Kołowska den Plan, sich an der Bezkowna zu rächen. Als das Mädchen in Begleitung ihrer Freundin in der Braehobniasstraße lag, ging sie den beiden nach, stieß der Bezkowna ein Messer in die Brust und ergriff darauf die Flucht. Sie wurde jedoch von Vorübergehenden festgenommen. Die Verleger wurde in bedenklichem Zustand nach Hause gebracht.

* Lemberg (Lwów), 13. März. Ein großer Sessionsprozeß wurde in diesen Tagen hier nach siebenstätigem Verhandlung beendet. Wegen Unterschlagung im Zusammenhang mit Übermeißungen amerikanischer Scheids über einige hunderttausend Dollar, die aber ohne Deckung waren, wurde der Hauptangeklagte Dr. Adolf Kolnik zu 1½ Jahren Gefängnis verurteilt, wovon ihm auf Grund der Amnestie die Hälfte der Strafe erlassen wurde. Der zweite Angeklagte, Direktor Bolesław Leswicki, erhielt drei Monate Gefängnis, die ihm auf Grund der Amnestie erlassen wurden. Er war seitnezeit Bizepräsident der Handelskammer und hat auch für den Posten des Stadtpräsidenten von Lemberg kandidiert!

Eine Feststellung.

Die wahren Motive des Angriffs auf Dr. Cyga-Karpinski.

Aus Graudenz wird uns geschrieben: Viele Lefer werden bereits mit Widerwillen den im "Gonec Radwiliński" übertrieben erörterten Fall Cyga-Karpinski aufnehmen. Recht unangenehm muß die Aufsicht in der Presse vor allem der Mehrzahl der unbeteiligten polnischen Intelligenz sein. Dem Ansehen der gesamten polnischen Lehrerschaft können derart gesetzte öffentliche Urteile eines Kollegen über einen anderen gleich hochgestellten mir schaden.

Hätte man Dr. Cyga-Karpinski des Staatsverrats beschuldigen können, dann hätte eine kurze Notiz in der Zeitung ausgereicht. Ja, selbst diese hätte man im allgemeinen Interesse der höheren Beamenschaft vielleicht unterlassen.

Man beginnt zu zweifeln, daß die Veröffentlichung des Artikels in der Rundschau allein die maklose Hebe gegen Cyga-Karpinski verursacht hat. Es scheinen andere Motive aus dieser Angelegenheit ein Staatsverbrechen konstruiert und sie absichtlich an die große Glocke gebracht zu haben, um Karpinski aus dem Orte zu verdrängen.

Es gibt Sachverständige in Kreuzworträtseln, die den Biedermann zu erkennen glauben, der das Feuer im "Gonec" schürt. Sie halten dafür, daß der Eifer die Furcht vergessen ließ.

Sie möchten zwischen den Zeilen lesen, daß hier persönliche Motive ihre Hand im Spiele haben. Der Angreifer geht mit einem unsäglichen Eifer vor, als handelte es sich um die Verteidigung eines warmen Plätzchens, für das jemand forschen zu müssen glaubte. Erblieb etwa verlegte Eitelkeit im Erscheinen des Karpinskischen Artikels eine Kritik der eigenen Tätigkeit? Nur bei der Konstruktion einer solchen Hypothese könnte man begreifen, warum bei dieser überflüssigen Polemik jede Regung von Kultur in die Brüche ging.

Auf die Frage nach der Gestaltung des Lehrprogramms für die deutsche Schule selbst, für deren sachliche Erörterung wir von Herzen dankbar wären, wird nicht eingegangen. Durch Verweichung von Sache und Person wird diese Frage nicht gelöst. Herr Karpinski hat das Verdienst, diese Frage als erster aufgeworfen zu haben. Hoffentlich findet auch das Sachliche der Frage bald eine Lösung.

Verfassunggebende Synode der Unierten Evangelischen Kirche in Polen.

Posen, 13. März 1929.

Die Unierte Evangelische Kirche in Polen bemüht sich seit 10 Jahren ununterbrochen um eine neue Kirchenverfassung und im Anschluß daran um die Neuregelung des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat. Nachdem die Kirche dem Staat sehr weit entgegen gekommen ist und auf Grund der schwer tragbaren staatlichen Verordnung die Wohlen zu einer neuen verfassunggebenden, außerordentlichen Synode vorgenommen hat, bestand die Hoffnung, daß in diesen Tagen die viel beratene Kirchenverfassung endlich in zweiter und dritter Lesung angenommen würde, zumal die bisherigen Verhandlungen auch des Verfassungsausschusses kirchliche Einmütigkeit herstellten haben. Die staatlichen Ansprüche wären dann für ein Gehege über das Verhältnis von Kirche und Staat zu verhandeln und im Sinne der Staatsverfassung zu vereinbaren. Leider muß nun, wie der Präses der Synode einleitend mitteilte, die dritte Lesung und damit die endgültige Verabschiedung der Kirchenverfassung nochmals verlegt werden, da die Staatsregierung erst in den letzten Tagen eine ganze Reihe von Abänderungswünschen mündlich angemeldet hat. Der Wortlaut und die Tragweite dieser Wünsche konnte noch nicht geprüft und vom Verfassungsausschuß verhandelt werden. Deshalb kann die Synode nur die zweite Lesung vornehmen, ohne Berücksichtigung der staatlichen Wünsche, die erst zwischen der 2. und 3. Lesung zur Verhandlung kommen könnten.

Der Synode liegt also der von dem Verfassungsausschuß durchgearbeitete Entwurf der Verfassung vor, der wiederum auf die Beschlüsse der Synode von 1928 zurückgeht. Trotz gründlicher Durcharbeitung hat der Verfassungsausschuß nur wenig an der Vorlage geändert. Die für die Allgemeinheit wichtigsten Punkte in den Verhandlungen des Verfassungsausschusses waren der Ausschluß aus der Kirche, das Frauenrecht und der Bischofstitel. Den Ausschluß aus der Kirche hat der Verfassungsausschuß abgelehnt und nur auf die Bestimmung der Vorlage sich befränkt: Einem Gemeindemitglied, welches beharrlich die Beteiligung an den kirchlichen Lasten und Abgaben verweigert, kann die Ausübung kirchlicher Rechte und die Gewährung von Dienstleistungen der Kirche versagt werden. Das Frauenwahlrecht, das in der Synode von 1928 nur eine sehr geringe Mehrheit von drei Stimmen gefunden hatte, ist diesmal vom Verfassungsausschuß fast einstimmig, nur gegen die Stimme eines Unentwegten, angenommen worden. Ebenso wurde der Bischofstitel mit großer Mehrheit angenommen, nur gegen 4 von 19 Stimmen des Verfassungsausschusses, wobei hervorgehoben sei, daß sämtliche Laien für den Bischofstitel stimmten. Es bleibt abzuwarten, wie die Synode selbst in diesen Fragen entscheiden wird.

Nach diesen einleitenden Bemerkungen lassen wir den Sitzungsbericht folgen.

Am Dienstag Nachmittag um 3 Uhr versammelten sich die Synodalen im Großen Saale des Evangelischen Vereinshauses. Auch an dieser Tagung nimmt der Vertreter der Staatsregierung, Abteilungsleiter Chorzeński, teil. Nach gemeinsamem Lied und Gebet und Schriftleistung des Synodalen Jüterbock eröffnet der Präses von Kieling die Tagung, indem er zunächst die Gründe anführt, die zu einer Verlegung von Januar auf März geführt haben. Er gedenkt der beiden in den letzten Monaten durch den Tod abberufenen Synodalen und zwar des Alterspräsidenten der Synode, Stadtrat Thau aus Ostrów und des Pfarrers Rückert aus Murowana-Goslin. Im Andenken an die Verstorbenen erhebt sich die Synode von den Plänen. Nach der feierlichen Verpflichtung der noch nicht vereidigten Mitglieder berichtet Synodale Ahmann über einen von der Kreissynode Briefen vorliegenden Antrag, daß nämlich an den evangelischen Feiertagen (Karfreitag, Reformationsfest und Bußtag) in den Kirchorten kein Markt stattfinden solle. Der Antrag wird dem Verfassungsausschuß als Material für die Verhandlungen mit der Regierung überwiesen. Synodale Ahmann berichtet weiter über die Zuständigkeit der Synode, eine Verfassung zu beschließen und gibt einen Überblick über die langwierige und mühevolle Geschichte der Verfassungsverhandlungen seit dem Jahre 1920. Die damals einberufene Synode gab der Kirche zunächst eine Notverfassung, auf der die Verfassung von 1923 aufgebaut wurde. Aus formalen Gründen zweifelte die Regierung die Zuständigkeit der Synode an, hat aber auf eine daran hin vom Evangelischen Konistorium überreichte Erklärung nicht mehr geantwortet. Erst im Jahre 1927 nahm die Re-

gierung die Verfassungsverhandlungen auf. Ein Jahr darauf, am 6. März 1928, erschien die bekannte Verordnung des Staatspräsidenten, betreffend Einberufung einer außerordentlichen verfassunggebenden Synode. Der Berichtsteller verliest sodann eine vom Verfassungsausschuß vorgetragene

Entschließung,

die die Synode einstimmig annimmt. In dieser Entschließung wird folgende Erklärung ausgesprochen:

I. Dem im Bereich der Unierten evangelischen Kirche geltenden Recht, welches darin mit den allgemeinen Grundsätzen des Evangelischen Kirchenrechts übereinstimmt, entspricht es nicht, daß innere Angelegenheiten der Kirche, wie die Wahl der verfassunggebenden Synode durch die Wahlgesetz geregt werden. Noch weniger entspricht es diesen Grundsätzen, daß bei dem Erfolge eines solchen Staatsgesetzes die Mitwirkung der Synodenvertretung der Kirche ausgeschaltet wird.

II. Im Interesse einer alsbaldigen Regelung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche hat sich die Synode gleichwohl auf den Boden der durch die Verordnung vom 6. März 1928 geschaffenen Lage gestellt, indem sie ihre Legitimation zur Verfassungskirchlichkeit durch die Erklärung des LandesSynodalvorstandes und des Konistoriums vom 2. April 1928 betreffend die Genehmigung der Wahlordnung für gegeben erachtet.

Im Anschluß an diese Entschließung spricht Synodale Benick erhebliche Bedenken aus gegen die Art des Zustandekommens der außerordentlichen Synode sowie gegen Form und Inhalt der staatlichen Wahlverordnung. Er beantragt, daß die vorerwähnte Entschließung durch den Herrn Präses der Regierung übergeben werden solle; der Antrag wird angenommen.

Sodann berichtet Präses Aumann über die bereits oben erwähnten Einwendungen der Regierung und stellt die Synode vor die Entscheidung, sich entweder zu verfügen, oder jetzt nur die zweite Lesung vorzunehmen und die dritte und letzte zurückzustellen, bis der von der Synode gewählte Ausschuß mit den Mitgliedern der Regierung verhandelt hat. Nachdem der Synodalrat die zweite Lesung der Verfassung vorgelesen hat, wird die dritte Lesung und damit die endgültige Verabschiedung der Kirchenverfassung nochmals verlegt werden, da die Staatsregierung erst in den letzten Tagen eine ganze Reihe von Abänderungswünschen mündlich angemeldet hat. Der Wortlaut und die Tragweite dieser Wünsche konnte noch nicht geprüft und vom Verfassungsausschuß verhandelt werden. Deshalb kann die Synode nur die zweite Lesung vornehmen, ohne Berücksichtigung der staatlichen Wünsche, die erst zwischen der 2. und 3. Lesung zur Verhandlung kommen können.

Synodale Ahmann, der Vorsitzende des Verfassungsausschusses, berichtet daraufhin zu Hand des Entwurfses die vom Verfassungsausschuß getroffenen Änderungen, die die Synode mit einigen Ausnahmen annimmt. Eine größere Debatte rief das Problem des Ausschlusses aus der Kirche hervor, der weder vollständig abgelehnt, noch angenommen wird. Nach den eingehenden grundhaften Ausführungen von Synodalem Ahmann entschließt sich die Synode, die endgültige Entscheidung über diese Frage erst nach ihrer Klärung vorzunehmen. Das Frauenwahlrecht wird dagegen ohne größere Missprache mit freudlicher Einmütigkeit angenommen. In der Befreiung über den Bischofstitel stellt Synodale D. Bickerich den Antrag, daß der Name Bischof in der Verfassung folle. Nach mancherlei Wider und Bicker erhält die namentliche Abstimmung 54 Stimmen für den Bischofstitel 21 dagegen, so daß der Bischofstitel angenommen ist.

Nach Befreiung und Annahme weiterer Artikel schließt der Präses um 1/2 Uhr die erste Vollversammlung, die am Mittwoch um 10 Uhr vormittags wieder zusammengetreten ist.

Ein General vor Gericht.

Warschau, 13. März. Vor dem Militärbezirksgericht hat dieser Tage ein Prozeß gegen den auf eigenen Wunsch pensionierten Divisionsgeneral Mieczysław Kuliniński, ehemals Kommandeur des Korpsbezirks V in Krakau begonnen, dem zur Last gelegt wird:

1. in der Zeit von Januar 1924 bis Ende 1926 in Krakau als Kommandeur des Korpsbezirks aus eigener Schuld die Aufsicht über seinen Untergaben, den Ordonanzoffizier Hauptmann Reimer, vernachlässigt zu haben, wodurch eine Reihe verbrecherischer Missbräuche zum Schaden für den Staatskasten ermöglicht wurde.

2. im Mai 1925 sich bei einer Reise in privaten Angelegenheiten auf Grund eines dienstlichen Dokuments die Reisekosten in Höhe von 90,- Zloty, auf die er keinen Anspruch hatte, haben auszahlen zu lassen. Durch die Vernachlässigung der Aufsicht hat der Staatskasten, wie es nach Auflage weiter heißt, einen Schaden von 15 000 Zloty erlitten.

Nach Verlesung der Anklageschrift sowie ihrer Begründung wurde dem Angeklagten das Wort erteilt, der den Antrag stellte, die Sache dem Zivilgericht zu überweisen, da es nicht zulässig sei, daß über ihn ein Richterkollegium zu Gericht sitze, dem Offiziere niedrigerer Grade angehören, als er selbst sie besitzt. Dem Antrage wurde jedoch nicht stattgegeben. Weiter stellte der General die ihm zur Last gelegten Vergehen in Abrede und sagte, er habe sich stets strikt an die Dienstvorschriften gehalten. Dies bestätigte auch in den ersten beiden Verhandlungstage die vernommenen Entlastungszeugen.

Das Urteil.

In dem Prozeß gegen den General Kuliniński wurde gestern das Urteil gefällt. Es lautete auf 10 Wochen Festung wegen Vernachlässigung im Dienst sowie auf drei Monate Gefängnis wegen Entziehung von Dienst aus der Staatskasse, die ihm nicht gehörten.

In Deutschland

festet die
Deutsche Rundschau

für April einztl. Porto 2,50 Reichsmark.
Einzahlung auf Postscheck-Konto Stettin 1847.

In den ersten 10 Jahren

sollte jede Mutter ihr Kind nur mit der reinen, milden

NIVEA KINDERSEIFE

waschen und baden. Das Kind wird es ihr einst danken, weil ihm dadurch später manche Sorge um die Erhaltung seines guten Teints erspart bleibt. Nivea-Kinderseife ist überfettet und nach ärztlicher Vorschrift besonders für die empfindliche Haut der Kinder hergestellt.



Mit Frühlingsbeginn

kommt so recht die Zeit für

NIVEA-CREME

denn im Frühjahr ist unsere Haut besonders empfindlich, weil ihre Widerstandsfähigkeit im Winter durch die wärmende Gesicht und Hände mit Nivea-Creme erhöht ist. Pflegen Ihre Haut bleibt dann wunderbar zart. Sie Ihre Haut mit Nivea-Creme, denn sie und wird niemals rissig und spröde. Ist die einzige Hautcreme, die Eucerit enthält und gerade darauf beruht ihre Wirkung. Nivea-Creme ist Tages- und Nachcreme.

Nivea-Creme in Schachteln zu zl 0,40, 0,75, 1,40 und 2,60.
in Tuben zu zl 1,35 und 2,25.

Polen's Zahlungsbilanz für 1927.

Wesentlich schneller als für die früheren Jahre werden soeben die Daten der Zahlungsbilanz für 1927 bekanntgegeben, und zwar geschieht dies fast genau zur gleichen Zeit von zwei verschiedenen Seiten, in dem jetzt gedruckt vorliegenden 5. Quartalsbericht des amerikanischen Finanzberaters der polnischen Regierung und Aufsichtsratsmitglied der Bank Polki, Charles Dewey, sowie in dem neuesten Heft der amtlichen Warschauer Statistik. Beide Aufstellungen weichen aber in den Hauptziffern und dementsprechend auch in dem ermittelten Passivsaldo nicht unerheblich von einander ab. Dewey errechnet eine Unterbilanz von 423,6 Millionen Zloty, während die "Wiadomość Statystyczna" ein Defizit von nur 342 Millionen Zloty ausweisen. Wenn wir der folgenden Betrachtung die Zahlen des statistischen Centralamts zugrunde legen, so tun wir dies nicht nur deshalb, weil der Bericht des Finanzberaters schon im Januar d. J. (st. Vorwort) zum Abschluß gebracht wurde und mehr summarische Daten bringt, während die "Wiad. Statyst." ihre ziffernmäßigen Unterlagen offenbar erst später zusammengestellt und (namentlich hinsichtlich der Vergleichsdaten für 1926) den neuesten Stand der berichtigenden Ermittlungen berücksichtigt haben. Noch wichtiger ist uns vielmehr der Umstand, daß die detaillierte Gruppierung der von den "Wiad. Statyst." veröffentlichten Bilanzen Vergleich mit der Analyseierung der polnischen Zahlungsbilanzen für 1925 und für 1926 erleichtern dürfte.

Wenn man einen solchen Vergleich unternimmt, muß man sich allerdings vor Augen halten, daß weder das Jahr 1925 noch das Jahr 1926 in wirtschaftlicher Beziehung für Polen als normal angesehen werden kann. 1925 war ein verhältnismäßig gutes Erntejahr, dem aber ein schlechtes voranging, in dem ferner die rigore Einfuhrdrosselung (wegen des Verfalls der Zloty-Währung) eingeschoben und der Weltkrieg mit Deutschland begann. Auch 1926 stand noch unter dem vollen Druck der Einfuhrreglementierungsmaßnahmen, einer aufs neue verschärften Derrifenerfassung und dazu einer weit über die natürlichen Kräfte des Landes hinausgehenden Getreideausfuhr. Es stand aber auch im Zeichen jenes entscheidenden Glücksfallss, der dem gesamten polnischen Wirtschaftsleben neue Impulse gab, nämlich des englischen Kohlenarbeiterstreiks, durch den für die polnische Kohlenindustrie sich eine ungeahnte Exportkunst eröffnete, aus der man nicht nur vorübergehende Nutzen zu ziehen verstand. Das Jahr 1927 ist aber ebenfalls nicht als wirtschaftlich normal zu bezeichnen. Es brachte nicht nur am Ende des 1. Quartals die tatsächliche Befestigung des Zlotyfixes auf der Dollarparität von 8,9, die dann auch den Gesetzen über die Währungsreform vom 18. Oktober zugrunde gelegt wurde, sowie die große Sanierungsaufgabe bei den amerikanischen, englischen usw. Großbanken, sondern auch den nicht länger ausreichbaren Ausgleich des durch die niedergeschaffene Einfuhr von 1926 eingetretenen Mangels an Produktionsmitteln und damit mehr als eine Verdopplung des Importswertes von circa 1,35 auf 3,1 Milliarden Zloty. Während für die beiden vorausgegangenen Jahre die Zahlungsbilanz ausschlaggebend beeinflußt war durch die Ergebnisse des polnischen Außenhandels, der (unter Einbeziehung des Edelmetallverkehrs und des Warenverkehrs mit Danzig) 1925 ein Passivsaldo von 1154,2 Millionen Zloty (auf die neue Währungseinheit umgerechnet) und 1926 ein Aktivsaldo in Höhe von 865,5 Millionen Zloty bei gleichzeitiger Verringerung des Handelsvolumens um rund 2 Milliarden Zloty aufwies, hat 1927 vor allen Dingen der Eingang aus dem Außenhandels-Erlös des Staates im Betrage von 541,6 Millionen Zloty dazu beigetragen, daß das Defizit der Zahlungsbilanz nicht noch einen weit größeren Umsprung annahm, als wie es jetzt vorliegt. Denn der Ausfuhrwert ist von 1926 zu 1927 (ohne Veredlungswerkehr) nur um 314,6 Millionen Zloty gewachsen, so daß nach dieser Statistik die Außenhandels-Unterbilanz allein schon 570,1 Millionen Zloty betragen hätte. Die gemäßige Rolle der polnischen Außenhandelsanleihe in der polnischen Zahlungsbilanz von 1927 dokumentiert sich aber auch dadurch, daß unter den drei Haupttrubriken 1926 die laufenden Einnahmen und Ausgänge, die eben den Außenhandel mit umfassen, die weitansgrößte Differenz (nämlich ein Minus von 809,5 Millionen Zloty) zeigen, während sich 1927 die grösste Differenz (nämlich ein Plus von 949,4 Millionen Zloty) aus der Haupttrubrik der Darlehen & Verpflichtungen gegenüber dem Auslande (schriftl. Banken und Private) ergibt. Die Unterbilanz der laufenden Einnahmen und Ausgänge insgesamt hat 1927 nur 798,6 Millionen Zloty, also immerhin annähernd soviel wie 1926 beitragen, wo das Defizit aus den Endsummen der ganzen Zahlungsbilanz um 287,9 Millionen Zloty größer war als 1927. Dagegen war die Zunahme der Auslandsverschuldung 1926 nur 55,9 Millionen Zloty, also um 893,5 Millionen Zloty kleiner als 1927. Die dritte Haupttrubrik der Zahlungsbilanz zeigt bei den Einnahmen, die das Vermögen verändern, gegenüber 1926 eine Vergrößerung um 59,2 auf 147,6 Millionen Zloty und bei den Ausgaben, die das Vermögen vermindern, eine Zunahme um 316,5 auf 640,4 Millionen Zloty. Im einzelnen finden wir auf der Aktiv- und der Passivseite dieser drei Haupttrubriken für 1927 folgende Posten sich gegenüberstehen:

I. Laufende Einnahmen bzw. Ausgänge. Der statistisch erfaßte reine Warenverkehr stellte sich 1927 in der Einfuhr auf 2800,9 Mill. Zloty, in der Ausfuhr auf 2468,8 Mill. Zloty, der Edelmetallverkehr u. dergl. auf 253 bezw. 5,5 Mill. Zloty. Der Wert der nicht erfaßten Warenausfuhr (im Reise- und Schmuggelverkehr usw.) wird mit 52,6 Mill. Zloty eingeschätzt, der Wert des Exports nach dem Gebiet der Freien Stadt Danzig mit 62,1 Mill. Zloty, sodass der gesamte Außenhandelsposten sich für den Import auf 3106,5 und für den Export auf 2536,4 Mill. Zloty bezeichnet. Im Veredlungswerkehr sind auf der Aktivseite 16,4 Mill. Zloty zu buchen, denen auf der Passivseite 3,3 Mill. Zloty gegenüberstehen. Sodann hat Danzig dem polnischen Staatszoll an Zöllen 58,4 Mill. Zloty überwiesen, auf der anderen Seite aber 222,3 Mill. Zloty an Umladekosten, Verdienst der Danziger Kaufleute, Zoll für nach Polen eingeführte Waren sowie ausgelegte Bahntransportgebühren usw. von Polen empfangen. Die Eisenbahnen sind auf der Aktivseite mit 128,4 Mill. Zloty zu finden, wovon auf ausländische Transporte auf polnischen Bahnen 111,4 und auf polnischen in Danzig 17 Mill. Zloty entfallen; auf der Passivseite mit 94 Mill. Zloty, wovon 40,4 Mill. Zloty auf Transporte von Gütern und Personen auf ausländischen Bahnen und 53,6 Mill. Zloty auf Danziger Bahnen kommen. Auch im Post- und Telegraphenverkehr mit dem Auslande übersteigen die Einnahmen die Ausgaben. Diese beließen sich auf 2,1, jene auf 3,2 Mill. Zloty, woran Danzig mit 1,2 bezw. 0,7 Mill. Zloty partizipierte. Zinsen und Bankdepotsfiguren figurieren auf der Aktivseite mit 17,7, auf der Passivseite mit 17,6 Mill. Zloty. Dazu treten noch 171 Millionen Zloty für staatlichen, kommunalen und privaten Zinsentlastung. Dividenden-Einnahmen von ausländischen Unternehmen erscheinen mit 0,2, Dividenden-Zahlungen an ausländische Unternehmen mit 57,2 Mill. Zloty (einschl. 5,7 Mill. Zloty Tantieren und Verwaltungskosten). Es folgen auf der Aktivseite 6,7 Mill. Zloty auf der Passivseite 5,4 Mill. Zloty für Rückver sicherungen und 23 Mill. Zloty für Tilgungen und Eignungen. Der Reiseverkehr, worunter die von den Reisenden verbrauchten Gelder zu verstehen sind, erscheint auf der Aktivseite mit 71,1, auf der Passivseite mit

Der Briefträger kommt

in den Tagen vom 15.-23. März zu seinen Postabonnenten, um den Abonnementsbetrag für das 2. Quartal oder für den Monat April in Empfang zu nehmen. Wir bitten von dieser bequemen Einrichtung ausgiebigen Gebrauch zu machen, denn sie verurteilt keine besonderen Kosten, gewährleistet aber pünktliche Weiterlieferung der Zeitung.

122 Mill. Zloty. Von der letzteren Summe slossen 33,5 Mill. Zloty nach Danzig, 88,5 Mill. Zloty ins Zoll-Ausland. Der Einnahmeposten Auswanderung auf der Aktivseite in Höhe von 242,7 Mill. Zloty stammt von den durch Banken, Schiffsgeellschaften, Konsulate usw. erfolgten Geldüberweisungen polnischer Emigranten. Es kamen 147 Mill. Zloty aus der Nordamerikanischen Union, 42,4 Mill. Zloty aus Frankreich, 23 Mill. Zloty aus Deutschland und 30,3 Mill. Zloty aus Kanada und anderen Ländern. Von Auswanderern mitgenommen wurden nach Palästina 1,4 Mill. Zloty, nach verschiedenen anderen Ländern 52,2 Mill. Zloty, zusammen 58,8 Mill. Zloty. Die Einnahmen der polnischen Ansiedlervertretungen betrugen 12, die Ausgaben der diplomatischen und Konsulatsbehörden des Auslandes in Polen 17 Mill. Zloty. Demgegenüber stehen auf der Passivseite die Ausgaben polnischer Auslandsvertretungen mit 22,4 und die Einnahmen der diplomatischen und Konsulatsbehörden des Auslandes in Polen mit 11 Mill. Zloty. Einschließlich 12,4 Mill. Zloty an Eingängen für gemeinnützige wohltätige Zwecke sowie 0,8 Mill. Zloty an diversen Einnahmen schließt diese Haupttrubrik der Aktivseite mit 3123,4 Mill. Zloty, während sich auf der Passivseite ebenfalls einschl. 9 Mill. Zloty für die genannten Zwecke eine Schlusssumme von 3922 Mill. Zloty ergibt.

II. Zu den Eingängen, die Polens Schulden vergrößern, gehören auf der Aktivseite Anleihen des Staates (541,6 Mill. Zloty), von Kommunen (3,3 Mill. Zloty), von Privaten (725,5 Mill. Zloty) und von Banken (106,3 Mill. Zloty) in Gesamthöhe von 1376,7 Mill. Zloty. Auf der Passivseite dieser Haupttrubrik stehen Ausgänge zur Schuldenentlastung von insgesamt 427,3 Mill. Zloty, davon 93,1 Mill. Zloty auf den Staat entfallen, 1,7 Mill. Zloty auf Kommunen, 310,7 Mill. Zloty auf Private, 12,6 Mill. Zloty auf die Bank Polki und 9,2 Mill. Zloty auf andere Banken.

III. Unter den Eingängen, die das polnische Volkswesen vergrößern, erscheinen ausländische Rückzahlungen von Darlehen an polnische Private mit 10,2 Millionen Zloty, Verringerung der durch verschiedene Banken an Ausländer gewährten Darlehen mit 9,2 Mill. Zloty, Verkauf von Wertpapieren mit 55, Mill. Zloty, Erwerb von Anteilen an polnischen Unternehmen durch Ausländer mit 68,1 Mill. Zloty und Verkauf von Immobilien im Auslande mit 4,7 Mill. Zloty. Ungleich höher als die Aktivseite, die mit nur 147,6 Mill. Zloty abschließt, endet die Passivseite (Ausgänge, die das Vermögen Polens vergrößern) mit 640,4 Mill. Zloty. Diese Summe setzt sich, wie folgt, zusammen: Privatdarlehen an das Ausland 39, Verkauf der Bank Polki mit dem Auslande 561, Kauf von Wertpapieren 25,3, Investitionen in den ausländischen Niederlassungen polnischer Gesellschaften 0,7, Rückkauf von Immobilien 14,4 Mill. Zloty.

Eine Gegenüberstellung der Endbeträge der Zahlungsbilanz für 1925-1927 zeigt das folgende interessante Bild (alles in Millionen Zloty):

| | 1927 | 1926 | 1925 |
|-----------|---------|---------|---------|
| Einnahmen | 4 647,7 | 3 548,8 | 4 560,6 |
| Ausgaben | 4 989,7 | 2 918,9 | 4 629,0 |
| Saldo | - 342,0 | + 629,9 | - 68,4 |

Hierinach waren die Gesamtumsätze 1925 und 1927 nicht sehr verschieden hoch und schließen beide mit einer Unterbilanz, die aber 1927 sehr viel größer war, während aus dem erheblich geringeren Umsatz des Jahres 1926 ein verhältnismäßig recht bedeutender Überschuss erwachsen ist. Worauf dies beruht, haben wir eingangs schon frägert. Eine Prognose für die Zukunft läßt sich heute immerhin leichter stellen, als wie es auf Grund der Zahlungsbilanzen für 1926 und 1925 möglich war. Die polnische Außenhandelsbilanz ist 1928 um beinahe 500 Millionen Zloty stärker positi gewesen als 1927. Auch sind im vergangenen Jahre zwar sehr beträchtliche, allerdings meist ziemlich kurzfristige Auslandskredite für die Privatwirtschaft Polens eingegangen, dagegen nur verhältnismäßig unbedeutende Anleihen für die öffentliche Hand (Kommunalverbände). Es erscheint also sehr fraglich, daß die Zahlungsbilanz für 1928 ausgewogen werden kann. Aus dieser Besorgnis erklärt sich auch das Beitreten der polnischen Regierung, beim Abschluß von Handelsverträgen eine gewisse Sicherstellung für den Ausgleich der Handelsbilanz mit dem in Betracht kommenden Staate zu erlangen. Die oben dargelegte Entwicklung der polnischen Zahlungsbilanz scheint uns aber auch zu beweisen, daß das Fazit des letzten Berichts des Finanzberaters Dewey über die Wirtschaftslage Polens etwas reichlich optimistisch ist.

F. D.

Jäger, seid Heger! Füttert das Wild!
Achtet auf Schlingensteller!

Wirtschaftliche Rundschau.

Zementpreiserhöhung. Am 10. d. M. hat das Zementinstitut die Zementpreise um 45 Groschen auf 9,30 Zloty für 100 kg. franz. Waggon Warschau erhöht. Der Preis für ein Zäckchen Zement mit 200 kg. Inhalt beträgt also in Warschau 18,60 Zloty, zuzüglich Verpackung 3,80, Stempelgebühren 25 Groschen, insgesamt 22,65 Zloty. Rechnet man hierzu noch 1 Zloty für Abfuhr in das Lager, außerdem den Verdienst des Großhändlers, sowie Umsatzsteuer, so kommt man zu einem Preise für das Zäckchen von 26,30 Zloty pro Bau. Loko Lager stellen sich die Preise einige Groschen billiger.

b. Die Verzollung der polnischen Ausfuhr von Schweinen und Schweinefleisch ist bekanntlich zum Zwecke der Konzentrierung des Schweineexports bei dem kürzlich errichteten Schweine-Exportinstitut am 1. März in Kraft geetzt worden. Im "Monitor Polki" (Nr. 50) gibt der Finanzminister in einem Rundschreiben an die Zollbehörden noch nähere Erläuterungen zu der Verordnung über die Ausfuhrzölle für lebende Schweine und Schweinefleisch. Danach gelten kleinere Teile als Schweinehälfte, in rohem Zustande, auch gesalzen oder gefroren, aber nicht geräuchert und mariniert, als Schweinefleisch zu behandeln. Dem Ausfuhrzoll im Sinne der Verordnung unterliegen nicht Schinken, Bacon und alle Erzeugnisse aus Schweinefleisch, die geräuchert oder mariniert sind. Über die Bezeichnungen des Handelsministeriums, die gemäß der Verordnung zu vollziehen sind, erscheint auf der Aktivseite mit 71,1, auf der Passivseite mit

wird u. a. noch folgendes bestimmt: Die Bezeichnungen werden je nach der Art und Menge der auszuführenden Ware für 5, 10, 20, 40 und 80 Schweine, bzw. 50, 100, 500, 1000 und 5000 kg. Schweinefleisch ausgegeben. Die Stückzahl bzw. die Kilogramm-Menge, auf welche die Bezeichnung lautet, ist mit Worten und Ziffern anzugeben. Nur die Bezeichnungen wird die Gültigkeitsfrist genau bezeichnet, und nur in der angegebenen Frist dürfen sie anerkannt werden. Auf jede darüber hinausgehende Menge wird der Zoll erhoben. Da die Bezeichnungen auf mindestens 5 Stück Schweine bzw. 10 Hälfte, oder aber auf 50 kg. Fleisch lauten, müssen kleinere Mengen entweder vor verzollt oder mit den entsprechenden Bezeichnungen über 5 Stück bzw. 50 kg. bedient sein. In diesem Falle sind die Bezeichnungen jedoch als völlig erlahmt anzusehen. Im übrigen wird was die grundjährige Neuregelung des polnischen Schweineexports anbelangt, in einer der letzten Annahmen des "Przemysł i Handel" ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Verordnung nicht so gedacht ist, dem bestehenden Schweine-Exportinstitut das ausschließliche Recht des zollfreien Exports zu gewähren. Sollte außerhalb des Syndikats eine Exportorganisation auftreten, welche die von der Regierung aufgestellten Bedingungen akzeptiert bzw. sich mit den landwirtschaftlichen Organisationen hinsichtlich der Preise und des Aufkunftsplanes verständigt, so würde auch für diese Organisation die Zollbefreiung Platz greifen müssen, wenngleich die Vereinigung des Exportes in einer einzigen Organisation erwünscht bleibe.

Geldmar.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Bestellung im "Monitor Polki" für den 14. März auf 5,924 Zloty festgestellt.

Ter Zloty am 13. März. Danzig: Lieferung 57,70 bis 57,84, bar 57,73-57,87, Berlin: Lieferung Warschau 47,10-47,30, Katowice 47,15-47,35, Löden 47,175-47,375, bar 46,975-47,375, Zürich: Lieferung 58,20, New York: Lieferung 11,25, Budapest: Lieferung 18,70, Brüssel: Lieferung 84,10-84,40, Prag: Lieferung 37,85, Mailand: Lieferung 21,50.

Warschauer Börse vom 13. März. Umjahr. Verlauf — Kaufpreis —, Belgrad —, Budapest —, Brüssel —, Helsingfors —, Holland —, Konstantinopel —, Kopenhagen —, London 43,29/40, 48,40 — 43,19/21, Rio de Janeiro 8,90, 8,92 — 8,88, Oslo —, Paris 34,82/40, 34,92/2 — 34,74/7, Prag 26,40/41, 26,48/41, 26,34/41, Riga —, Schweiz 17,52, 17,95 — 17,04, Stockholm —, Wien 12,57, 12,58 — 12,46, Italien 47,83, 46,84 — 46,62.

Amtliche Devisen-Notierungen der Danziger Börse vom 13. März. In Danziger Gulden wurden notiert: Devisen: London 25,01/2, Bd. 25,01/2, Br. 25,01/2, —, Br. Berlin —, Bd. —, Br. Warschau 57,75 Bd., 57,90 Br. Noten: London —, Bd. —, Br., Berlin 122,147 Bd., 122,453 Br., New York —, Bd. —, Br., Zürich —, Bd. —, Br., Warschau 57,73 Bd., 57,87 Br.

Berliner Devisenkurse.

| Offizielle Distanz- läge | Für drahtlose Auszählung in deutscher Mark | In Reichsmark | |
|--------------------------------|---|------------------|-------------------|
| | | 13. März Geld | 12. März Brief |
| Buenos-Aires 1 Be. | 1.771 | 1.775 | 1.769 |
| Kanada 1 Dollar | 4.183 | 4.191 | 4.191 |
| Japan 1 Yen | 1.876 | 1.880 | 1.882 |
| Kairo 1 £. Bd. | 20.953 | 20.998 | 20.995 |
| Kontantinopol 1 tfl. Bd. | 2.075 | 2.073 | 2.075 |
| London 1 £. Bd. Sterl. | 20.433 | 20.479 | 20.43 |
| Norworf. 1 Dollar | 4.2105 | 4.2185 | 4.2105 |
| Rio de Janeiro 1 Mil. | 0.4995 | 0.5015 | 0.501 |
| Uruquai | | | |

Beispiellose Produktions-Steigerung

1925 der starker Karder-Hackmaschine

Produktion 1926

Produktion 1927

Produktion 1928

Generalverreter für Polen: HUGO CHODAN Poznań, Przemysłowa 23.

Bekanntmachung.
Im Zusammenhang mit der Schmelze ist festgestellt worden, daß ein überwiegender Teil der Dachrinnen und Wasserablaufrohre verstopft bzw. beschädigt ist, sodass das Wasser aus den Dachrinnen den Passanten auf den Kopf fließt oder auf den Bürgersteig spritzt und am Tage verkehrshindert wird, in der Nacht bei geringen Frösten zu Eisbildung führt und gefährliche Glätte erzeugt. Mit Rücksicht darauf werden alle Hausbesitzer zur sofortigen Reinigung und Ausbesserung der Rinnen aufgefordert. Nichtbefolgung der Anordnung wird gemäß den bestehenden Vorchriften bestraft.
Bydgoszcz, den 13. März 1929.

Miejski Urząd Bezpieczeństwa i Porządku Publicznego
Oddział Budownictwa Podziemnego
(—) In. Ed. T. Ewicz.

Goldfüllfederhalter
werden
schnell und preiswert
repariert.
A. Dittmann T. z. Bydgoszcz
Jagiellońska 16. 7935

Hebamme
erteilt Rat in all. Fällen
u. nimmt Bestellungen
entgegen.
Danek, Gdańsk 90.

In allen Steuer-
Angelegenheiten wird
d. Extra-Fachmann umsonst
Rat erteilt.
Singer,
Dworcowa 56. 2646

Naether

Kinder-Wagen
A. Hensel,
Bydgoszcz,
Zel. 193 und 408.

Chide und guttähnliche
Damen-Toiletten
w. j. l. b. Preis gefertigt
Jagiellońska 44, 1.

B. Brunt, Löpfer-
meister,
Bydgoszcz-Wilczak,
Nakielska 11
empfiehlt sich bei vor-
ommend. Bedarf. 1588

Achtung!
Gewachsene Plättwäsche
wird saub., gut und
billig geplättet.
Oberhemden 60 gr.
Kragen 10 bis 15 gr.
Chemissette 20 gr.
Mantelchen 20 gr
nur. Frau Czerwinska,
Sniadecka 15/16 ll
(Borderhaus). 1689

Hanfseile
Drahtseile
liefern 1412
B. Muszyński,
Seiffabrik, Lubawa.

Prima Dürme
Lyck. Jagiellońska 31.

Gutschmied

mit eigen. Handwerks-
zeug und Hofsägern wird
z. 1. April gefügt.
von Bushe'sche
Gutsverwaltung
Majosza, poczta Lilewo-
pow. Chełmno/Pom.
3525

Ault. Schmiedegesell, led.,
m. sämtl. Schmiedearb.
vertr. selbst. arbeite. f.
Dorfsmiede gefügt.
Off. u. P. 3383 a. fil. d.
Rundsch. Działdowo.
Ordentlicher, sauberer

Büdergeselle

der auch Ronditor-
arbeit verfügt, zu so-
fort gefügt. 3639

Wisłorek, Naklo.

Gärtner — Chauffeur

ledig, zum 1. April für
Gut gefügt. Gesl. Off.
unter A. 3650 an die

Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

Lüdt. Stellmacher

Geselle
und 1 Lehrling

von sofort q. s. u. t.
Stellmachers m. Kraft-
betrieb Emil Neumann,
Grębocin, am Bahnhof
Papowo Toruńskie. 3567

10 Schneider

für Damen - Mäntel

lucht 3611

Firma B. Cyrus,
Gdańska 155.

Suche einen tüchtigen
Mahl- u. Schneidemüll.
mit guten Zeugnissen,
v. 1. April d. Is. Be-
vorzugt werden, die
schon a. d. Schneide-
mühle tätig war. Ge-
haltsanpr. u. Zeugn.
Abdr. sind zu richten an
R. Zajączka, Lucim,
pow. Bydgoszcz. 1700

Gärtner

gel., unverh., bei er-
fahren in Frühbeet-
und Topfultur. Meld.
mit Gehaltsanpr. er-
bieten an 3541

Frau Hede Otto,
Kotomierz n. Bydgoszcz.

Ersten, selbständigen

Gehilfen

20—25 Jahre, in allen
Zweigen ein Handels-
gärtnerin qui. demand.
sowie etwas Kenntn.
nisse von Binderei,
stellt sofort ein

Gärtner M. Feindt,
Chełmno. 3618

Gärtner gesucht.

Zom. 1. April od. spät.
wirkt für die hiesige
Schloss- und Kunig-
gärtnerie einvertragl.
Gärtner gefügt. Nur
erster kl. assige Refle-
xanten, die in Glas-
baustrukturen, Früh-
beeteberei, Zeppe-
bepflanzungen und in
der Obstbaum- sowie
in der Parkpflege aus-
gebildet und erfahren
sind, kommen in Be-
tracht. Meldungen mit
Zeugnisanpr. sind
zu richten an 3474

Schloss Pluskowesy,
poczta Chełmno.

Gehilfen

Suche zum 1. 4. 29
einen evangelischen

Eleven

mit Vorlehrmittissen.

Vorreiter

Grzyna Szlachecka,
p. Chełmno, Krs. Toruń.

Suche zum 1. April

einen Eleven

aus gutem Hause mit
guter Schulbildung.

Offerter unter J. 3616

a. d. Geschäftsst. d. Zeitg.

Suche zum 1. 4.
29. **Eleven**

Erfahrene

Oberschweizer

der möglichst mit eige-
nen Leuten einen gro-
ßen Auftrag übernimmt,
zum 1. 4. 29 gefügt.

Bewerbungen mit An-
gabe der letzten Stel-
lungen und Gehalts-
anprüfung an 3643

Gutsverwaltung

Mala Turza,
p. Włoszniczka.

Eisenhändler.

E. Jahnke, Gniezno

Eisenwaren Detail-Engros.

Telefon 32 und 33.

Verheirateter

Brenner

wird für größere Bren-
nerei zum 1. Juli cr.

gefügt. Bewerber m.

prim. Zeugnissen und

Empfehlungen. d. pol.

nisch. Sprache in Schrift

mächtig u. mit Elektro-
fizität bewandert.

Gehalt circa 3000 Złoty

jährlich und Deputat.

Gefl. Meld. erhält unter

J. 3309 a. d. Geschäft. d. Zeitg.

**Vertrauens-
stellung.**

Geüft zum als baldig.
Antritt älterer, rüstiger

gebildeter Herr

der auf größerem Bren-

nereigut als Vertreter

des öfter vom Hau-

abwesenden Besitzers

den inneren Wirt-

schafsbetriebeit und

überwacht. Meldungen

unter A. 3637 an die

Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

Jungen

1710

Gattlergesellen

stellt ein W. Zielle.

Zaleje, Bahnstation

Rotomier, pw. Bydg.

Jungen 1710

Intelligentes

Rinderfräulein

mit erstklassigen Zeug-

nissen und guten Re-

ferenzen, wird für

2-jährigen Jungen ge-

fügt. Berl. Meld.

zwischen 1. und 2. mittags

oder 5—6 nachm. 3554

Piano-Magazin.

Snadeckich 56.

Bankverein Sępólno

e. G. m. unb. Haftpflicht

Gegründet 1883

Sępólno Gegründet 1883

Günstige Verzinsung von

Spareinlagen

An- und Verkauf von aus-

ländischen Geldsorten

Scheck- und

Ueberweisungs-Verkehr.

3513

Haben Sie

astigmatische

Augen?

ZEISS

Punktal

Das vollkommene Augenglas

Zeiss-Punktalgläser sind vorrätig in allen

optischen Fachgeschäften, kennlich durch

Zeiss-Schilder im Schaufenster und am

Laden. Ausführliche Druckschrift „Punktal

429“ versendet kostenlos Carl Zeiss, Jena.

CARL ZEISS JENA

Ford-Personen-automobil

mit Aufsatz spottbillig

wegen Blahmangel ab-

zugeben. 3609

Rudolf Jachmann.

Automobile, Mostowa 5

Tel. 2118.

Deutsche Bühne

Bydgoszcz 2. 3.

Donnerstag d. 14. März

abends 8 Uhr

Neuheit!

Lucia

od. Liebe an der Grenze

Operette in 3 Akten von

E. W. Roll. Muß von

Waither Hendel.

Eintrittskarten

Donnerstag von 11—1

Die Zusatzkredite für 1927/1928.

Barshau, 13. März. (Eigene Meldung.) An dem Konflikt zwischen der Regierung und dem Sejm wegen der Zusatzkredite für das Wirtschaftsjahr 1927/28 ist der Allgemeinheit das Besenstielke unverständlich. Die Allgemeinheit kann es nicht verstehen, aus welchen Gründen die Regierung sich bisher darauf versteift habe, diese Kredite dem Sejm nicht vorzulegen. Es ist daher erklärlich, daß sich infolgedessen das Interesse der politischen Kreise den amtlichen Publikationen zuwenden, die über die stattgehabten Budgetüberschreitungen Auskunft geben.

Aus den "Wiadomości Stajystyczne" erfährt man, daß die Gesamtausgaben im Jahre 1927/28: 2554 Millionen Zloty betragen. Da das Budget sich auf 1991 Millionen befreit, so beträgt der überkritische Beitrag 563 Millionen Zloty. Diese Summe ist in den "Wiadomości Stajystyczne" auf die einzelnen Budgetteile verteilt. Daraus ist zu erkennen, daß das Budget des Kriegsministeriums um 214 Millionen, d. h. 35 Prozent, das Budget des Ministeriums für Agrarreformen um 77 Millionen (211 Prozent) überschritten worden ist.

Eigenhändig wurden die Budgets: des Präsidenten der Republik, des Sejm und Senats, der Obersten Kontrollkammer des Staates und des Präsidiums des Ministerrates unter dem gemeinsamen Titel: "Die obersten Behörden" vereinigt. Diese haben ihr gemeinsames Budget um 9 Millionen Zloty überschritten. Wie verteilt sich diese Summe auf die einzelnen Positionen? Eine Aufklärung darüber ist im "Biuletyn Stajystyczny" des Finanzministeriums zu finden. Hierin wurde das Budget des Präsidenten der Republik um 337 000 Zloty (13 Prozent), das Budget der Kontrollkammer um 370 000 Zloty (8 Prozent) überschritten. Am Sejm und Senat wurden 3 620 000 Zloty, d. h. 4 Prozent erspart. Das Präsidium des Ministerrates überschritt sein Budget um 8 163 000 Zloty, d. h. um 448 Prozent. Statt 1 820 000 Zloty wurden 9 983 000 Zloty verausgabt.

Lehrreich ist die Verteilung der Ausgaben auf die einzelnen Monate. Die durchschnittlichen monatlichen Ausgaben des Präsidiums des Ministerrates betrugen vor dem Dezember 1927 und vom März 1928 an 100 000 bis 300 000 Zloty, im Dezember 1927 stiegen sie plötzlich bis 2 300 000 Zloty, im Januar 1928 betrugen sie 2 100 000 Zloty, im Februar 1928 sogar 4 300 000 Zloty. Nun: die Monate: Dezember 1927, Januar und Februar 1928 — das war die Wahlzeit.

Die Endzahlen des Staatshaushalts nach dem Senatsbeschuß.

Barshau, 13. März. (PAT.) Die in der letzten Vollzügung des Senats beschlossenen Endzahlen des Staatshaushaltsworanschlages zeigen folgendes Bild:

Verwaltung-Einnahmen 1 861 172 299 Zloty, aus Staatsunternehmungen 148 858 410 Zloty, aus Monopolen 902 517 Zloty — zusammen 2 912 547 709 Zloty.

Ausgaben für die Verwaltung 2 785 959 000 Zloty, für die staatlichen Unternehmungen 21 887 600 Zloty — zusammen 2 757 846 971 Zloty. Der Budgetüberschuß beträgt somit 151 700 738 Zloty und nach Abzug des Zuschlusses zu den Beamtengehältern und Invalidenbezügen netto 6 700 738 Zloty.

Nach dem Senatsbeschuß betrug der Budgetüberschuß 177 550 800 Zloty und nach Abzug der Beamtengehältern und Invalidenbezügen netto 29 550 800 Zloty.

Deutsches Reich.

Strelmann in San Remo.

Reichsminister Dr. Strelmann ist am Dienstag morgen mit dem Simplon-Nachtzuge in Genua eingetroffen und nach San Remo weitergefahren, wo er bis nach Ostern zur Erholung Aufenthalt nimmt.

Wie aus London gemeldet wird, beschäftigt man sich in parlamentarischen Kreisen mit der Nachricht, daß Churchill gegen alle Erwartungen seine Reise nach Paris plötzlich nach der Riviera ausgedehnt hat. Man bringt die plötzliche Abreise von Churchill nach der Riviera in Zusammenhang mit der Nachricht, daß der deutsche Außenminister Dr. Strelmann in San Remo Aufenthalt nehmen wird. Man halte es nicht für unwahrscheinlich, daß an der Riviera zwischen Churchill und Strelmann eine Fühlungsnahme über die Vorschläge der Pariser Sachverständigen erfolgen werde.

Frau Subkoff zahlungsunfähig.

Bonn, 12. März. Über das Vermögen der früheren Prinzessin von Preußen, verwitweten Fürstin von Schaumburg-Lippe, lebtige Frau Subkoff, wohnhaft im Palais Schaumburg zu Bonn, wurde das Konkursverfahren wegen Zahlungsunfähigkeit eröffnet. Zum Konkursverwalter wurde Rechtsanwalt Dr. Rhein, Bonn, ernannt. Die erste Gläubigerversammlung ist vom heutigen Amtsgericht auf den 4. April, der allgemeine Prüfungstermin auf den 19. April anberaumt.

Das Konkursverfahren, das gegen die vermietete Prinzessin von Schaumburg-Lippe, lebige Frau Subkoff, eröffnet wurde, ist, wie verlautet, auf Veranlassung des Büdinger Hofes eingeleitet worden, und zwar wegen Forderungen in Höhe von etwa 16 000 Mark.

Aus anderen Ländern.

Bucharin tritt zurück?

Wie aus Moskau gemeldet wird, hat Bucharin das politische Bureau erfüllt, ihn von dem Posten des Vorsitzenden der Komintern zu befreien. Das politische Bureau hat Bucharin einen Urlaub gewährt, ohne ihn jedoch vorläufig des Postens zu entheben. Der Rücktritt wird auf Meinungsverschiedenheiten mit der Parteileitung zurückgeführt.

Trotki auf der Wanderschaft.

Paris, 13. März. (Eigene Drahtmeldung.) Ein Maxseiller Blatt behauptet, Trotki wolle sich in Frankreich niederlassen, er habe bereits im Département Herault ein Haus gekauft, und um die Einreise genehmigung nachgefragt.

Handwerkskammerwahlen.

Wie bereits mitgeteilt, finden am 12. Mai die Wahlen zur Handwerkskammer in Bromberg statt. Die Handwerkskammer setzt sich aus 18 aus direkt Wahl hervorgegangenen Mitgliedern und 18 Vertretern zusammen. Wahlberechtigt ist jeder Handwerker ohne Unterschied des Geschlechts, der polnischen Staatsangehöriger ist, eine Handwerkskarte besitzt, im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte ist und mindestens drei Jahre das Handwerk im Handwerkskammerbezirk selbstständig ausübt. Gewählt werden kann jeder Handwerker, der eine Handwerkskarte besitzt, im Besitz der polnischen Staatsangehörigkeit und der bürgerlichen Ehrenrechte ist, mindestens drei Jahre das Handwerk im Handwerkskammerbezirk selbstständig ausübt und das 30. Lebensjahr beendet hat.

Zur Durchführung der Wahl ist der Handwerkskammerbezirk in vier Wahlbezirke eingeteilt. Bezirk I umfaßt die Stadt Bromberg sowie die Landkreise Bromberg und Schubin; Bezirk II die Kreise Inowroclaw, Mogilno und Strelno; Bezirk III die Kreise Gnesen, Wongrowitz und Zin; Bezirk IV die Kreise Czarnikau, Kolmar und Wirsitz. Im ersten Bezirk werden 9 Mitglieder und 9 Stellvertreter und in den übrigen Bezirken je 3 Mitglieder und 3 Stellvertreter gewählt.

Am vergangenen Sonntag fand im Hotel Lengning eine Zusammenkunft der Vertreter der verschiedenen Handwerke statt, in der nach Gründung durch den Vorsitzenden der Handwerkskammer Jaworski die Hauptwahlkommission gebildet wurde. Aus den einzelnen Gewerben wurden folgende Meister in diese Kommission gewählt: Von der Schuhmacherinnung Lusiewic, Vertreter Radzikowski; von der Schmiedeinnung Myk, Vertreter Kowalewski; von der Schneiderinnung Janicki, Vertreter Dorla; von der Fleischerinnung Szule, Vertreter Kordecki; von der Tischlerinnung Sudnowski, Vertreter Nejentowicz; von der Böttcherinnung Resmer, Vertreter Siwiński; von der Bäckerinnung Hojka, Vertreter Marmurowicz; von der Friseurinnung Lewicki, Vertreter Robustinski. In die Bezahlkommision wurden folgende Meister gewählt: von der Schuhmacherinnung Dilling, Vertreter Parche; von der Schneiderinnung Lasa, Vertreter Jakubowski; von der Schmiedeinnung Dolpiel, Vertreter Kazmierczak; von der Fleischerinnung Godek, Vertreter J. Sosinski.

Außerdem wurde durch die Initiative des Gewerbe- und Handwerkervereins ein vorläufiges Wahlkommittee gebildet, dem folgende Herren angehören: Grabowski, Grzeckowiak, Bielinski, Blaszk, Szczepanski, Krawczak, Stominski, Rzewicki, Majdrowski, Sobocanski, Modlowski, Burzynski, Tschörner, Dziorana, Ganczinski und Fritsch.

In den Ruhestand getreten ist auf eigenen Wunsch Stadtrat Tabekau, der seit dem Jahre 1921 hier den Posten eines befehlten Stadtrats bekleidete. Er leitete zunächst die Schulverwaltung und einige juristische Ressorts, war einige Jahre hindurch 1. Vorsitzender des Gewerbe- und Kaufmannsrates und in letzter Zeit auch Dezerent für das Finanzwesen.

S. Die Haftpflicht der Staatsbeamten. Wie die Agencia "Wschodnia" meldet, soll demnächst ein Gesetzentwurf über die Verantwortlichkeit der Staatsbeamten ausgearbeitet werden. Im Sinne des Artikels 121 beabsichtigt man die Haftpflicht für den Ertrag von Schäden festzulegen, die bei Erfüllung der Amtsvollzogenen verurteilt werden.

S. Apothekennotdienst. Bis Sonntag, den 17. d. M., haben folgende Apotheken Notdienst: Pfaffen-Apotheke, Elisabethmarkt 25, Goldene Adler-Apotheke, Friedrichsplatz 14.

S. Überschwemmungen — vorläufig Gott sei Dank nur in den Straßen — verkünden auf diese leider wenig angehende Art, daß der Winter zum Abschied rückt. Die Bewohner der Vorstädte nehmen diese Tatsache mit Freuden, aber auch nur mit naßen Füßen zur Kenntnis. Die Straßen von Schlesienau s. gleichen kleinen Seen. In der Berliner Chaussee, in der Nähe des Kleinbahnhofes, befinden sich lange Pfützen, deren Wasser an manchen Stellen den Autos bis an die Achsen reicht. In der alten Schulstraße konnten sich die Bewohner eine Überschreitung des Fahrdammes nur so sichern, daß sie an mehreren Stellen Sand ausschütteten und von Sandhügel zu Sandhügel Breiter legten, über die man vorsichtig balancieren muß. Endem läuft das Wasser von der Straße in die Kellerräume. — Während aus den verschiedenen Städten Nachrichten über den energischen Kampf gegen die Feuchtigkeit kommen, sieht man sich hierorts leider mit in dem Schiß gefallten Händen die Straßenüberschwemmungen an und hofft scheinbar auf die Sonne, die das Wasser verdunsten lassen soll. Aber die Gullys sind vereist, die Minuslinie verstopft. Warum tut man nicht auch hier mit Dampf oder Strom auf, wie in Graudenz oder anderwärts? Der steuerzahrende Bürger hat ein Recht, eine saubere Straße zu fordern, noch mehr der die Straßenreinigung bezahlende Haushalter, der sich gegen eine Überschwemmung seines Kellers nicht wehren kann.

S. Kindesausschank. Gestern nachmittag wurde in dem Jagdschluß Walde ein etwa fünf Tage altes Kind weiblichen Geschlechts lebend aufgefunden, das in Lumpen eingemiedelt war. Es wurde der Polizei übergeben, die eine energische Untersuchung nach der unmenschlichen Mutter eingeleitet hat.

S. Aufsuchung einer Vermieterin. Die seit einigen Tagen als vermietet gemeldete Klara Böllmann wurde jetzt auf dem hiesigen Bahnhof angehalten und dem Elternhause wieder zugeführt.

S. Eine diebische Schöne. Ein Herr machte in einem hiesigen Hotel eine nette Damenbekanntschaft, die ihn so bezauberte, daß er gar nicht bemerkte, wie man ihm eine Briefstafette mit 200 Zloty entwendete. Erst später gewahrte er den Verlust und hatte das Glück, daß die diebische Person festgenommen und ihr das Geld wieder abgenommen werden konnte.

Bvereine, Veranstaltungen ic.

Volkssmission in der Jesuitenkirche. In den Tagen vom 16. bis 25. März d. J. findet für die deutschen Katholiken in der Jesuitenkirche eine Volkssmission statt. Diese wird von zwei Pallottinermissionaren geleitet. Näheres siehe im Anzeigenteil der heutigen Ausgabe. (3610)

Der hienewirtschaftliche Verein für Bromberg und Umg. hält am Sonntag, dem 17. d. M., um 2 Uhr nachmittags, in der Joannishalle seine Monatsversammlung ab.

* Posen (Poznań), 13. März. Selbstmord beging am Sonnabend der 27jährige Buchdrucker Jan Burkiewicz, der zur Kur in Kowno im Kreise Dobritz weilt und sich in der Wohnung des Ortschulzen Muszak erholte. — Durch einen Schuß in den Kopf schwer verletzt hat sich in Solatisch der 10jährige Buchhandlungslernling Jan Koebal, Halbdorfstraße 35, er wurde in das Stadtkrankenhaus gebracht. — Durch Leuchtgas vergiftet wollte sich der 18jährige Fahrlernling Stefan Michalski wegen eines Zusammenstoßes mit seinem Meister. Die Rettungsstation brachte ihn wieder zum Leben zurück.

*s. Wallstein (Polsztyn), 13. März. Der gesetzige große Jahrmarkt brachte seit Wochen wieder Leben in die bisher stagnierenden Geschäftszweihälften. Der Viehmarkt

war sehr belebt. Gegen 180 Rinder waren aufgetrieben. Es herrschte großer Nachfrage nach guten Milchkühen. Die Preise bewegten sich zwischen 400 bis 550 Zloty. Mittlere Ware für 250 bis 400 Zloty wurde auch umgesetzt. Jungvieh wurde stark gekauft zu erschwinglichen Preisen von 90 bis 150 und 180 Zloty das Stück. Auf dem Pferdemarkt war eine Fülle von über 250 Tieren; doch das Geschäft war idiosyncratic, da bessere Wagen- und Akterpferde sehr gesucht waren. Die Preise hielten sich in annehmlicher Höhe von 400 bis 600 und 800 Zloty. Die Durchschnittsware brachten die in Menge gekommenen Ziegen, bei denen sich die Preise von 150 bis 200 und 300 Zloty bewegten. Der Handel zog sich bis in den Nachmittag hin. Schweine waren infolge der Seuchengefahr gar nicht zu sehen. Kleinvieh, wie Schafe und Ziegen, gingen zu jedem Preis an Händler über. Auf dem Krammarkt waren sehr viel auswärtige Stände vorhanden. Der Besuch war außerordentlich stark, so daß auch auf den Straßen ein lebhaftes Menschen Gedränge herrschte. Die Lebensmittelmarkt brachte eine bedeutende Preissteigerung. Die Mandel Eier war von 4 Zloty auf 2,50 Zloty gesunken. Butter kostete 2,30 und 2 Zloty. Kartoffeln wurden mit 6 und später mit 5 Zloty angeboten. — Zur Inbetriebnahme des Elektrizitätswerkes hat die Stadt einen Dampfkessel von dem Ziegeleibesitzer Rauch aus Rostarzewo erworben.

Kleine Rundschau.

* Dr. Edmers Flugpläne. Dr. Edmer, der mit seinem Sohne Knud, Ingenieur Dr. Dürr, den Kapitänen Lehmann und Flemming und anderen seiner Mitarbeiter und Fahrgästen auf Einladung der Stadt zu einem Besuch in München eingetroffen ist, führte im Laufe eines zu Wohlfahrtszwecken veranstalteten Vortrags über die Amerika-fahrten des "Graf Zeppelin" u. a. aus, er hoffe, vorausichtlich im Herbst, das wesentlich größere neue Luftschiff "L. 3. 128" herauszubringen zu können, das die neue Ozeanfahrt durchführen soll.

* Brandungsklub in Hagen. Hagen (Westfalen), 12. 3. (Eigene Meldung.) Heute nacht ist hier ein großes Doppelwohnhaus vollständig ausgebrannt. Die Feuerwehr rettete mit Hilfe eines Sprungtisches 6 Personen das Leben. Zwölf Personen, die vor dem Einbrechen der Wehr sich durch Herausspringen aus den Fenstern in Sicherheit bringen wollten, haben zum Teil schwere Verlebungen davongetragen. Zwei Töchter eines Bäckermeisters wurden bei den Aufräumungsarbeiten als verloste Leichen aufgefunden.

* Ein Turbinenhaus vom Eis zerstört. In der Uhrenfabrik Gehrder Junghans A.-G. in Schramberg ereignete sich infolge des Tauwetters eine große Eis katastrophe. Die Eis- und Schneemassen zogen sich von dem Bergabhang auf das Turbinenhaus, das dem gewaltigen Druck nicht standhalten vermochte und zusammenstürzte. Die Eismassen stürzten mit einer solchen Heftigkeit in das Haus, daß die gewaltigen Röhren wie Glas zerbrachen und zerstörten Turbinenhaus einen wüsten Trümmerhaufen. Menschenleben sind nicht zu beklagen.

* Hotelbrand in Hongkong. Das King Edward-Hotel in Hongkong wurde am Montag früh durch Feuer zerstört. Die Zahl der Verluste am Montag steht noch nicht fest, doch scheint es, daß 12 Personen den Tod gefunden haben, darunter fünf weiße Männer und eine Frau. Eine Dame sprang aus dem vierten Stockwerk auf die Straße hinab und war sofort tot. Ein amerikanischer Seemann vom Kreuzer "Memphis" verlor beim Abspringen das Segel und war gleichfalls sofort tot.

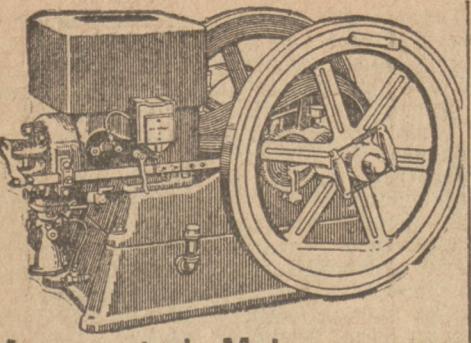
Wirtschaftliche Rundschau.

b. Auflösung der Zwangsverwaltung über frühere russische Bodenbanken in Polen. Laut einer soeben im "Monitor Polski" (Nr. 58) erschienenen Verordnung des Finanzministers wird mit dem 5. März d. J. die Zwangsverwaltung über das Vermögen folgender russischer Bodenbanken aufgehoben: der Kiener, Mossauer, Petersburg-Tulaer, Poltawaer, Chersoner und Bessarabisch-Taurischen. Durch eine weitere Verordnung des polnischen Finanzministers wird mit Wirkung vom selben Tage die Zwangsverwaltung über das Vermögen der früheren russischen städtischen Kreditgesellschaft in Słotomir aufgehoben. Das Liquidationskomitee für die Angelegenheiten früherer russischer Rechtspersonen ruft die Besitzer von Pfandbriefen der früheren russischen Bodenbanken, und zwar der Kiener, Mossauer, der Petersburg-Tulaer und der Poltawaer, sowie die Besitzer von Obligationen der städtischen Kreditgesellschaft in Słotomir, für welche die Rechte auf Grund der Verordnung des Staatspräidenten vom 27. Dezember 1924 geahndet werden, bzw. die auf Grund der Verordnungen des Finanzministers vom 22. Juli 1926, vom 15. Januar 1927 und vom 8. Juni 1927 registriert werden, auf, die obigen Wertpapiere beim Liquidationskomitee in Warschau, ul. Leszno 5, oder in Wilna, im Bureau des Liquidators für das Vermögen der früheren russischen Bodenbanken, ul. Mickiewicza 8, unverzüglich zu deponieren. Gleichzeitig muß 1. der Nachweis der politischen Staatsangehörigkeit des Besitzers der Wertpapiere erbracht werden, zu denen Gunsten die Wertpapiere registriert oder geschickt werden sind. Von der Erbringung des in Punkt 2 erwähnten Nachweises sind die Besitzer von Pfandbriefen und Obligationen befreit, die auf Grund der Verordnung des Finanzministers vom 8. Juni 1927 registriert werden. Sie in der Befreiungsmachung des Liquidationskomitees vom 14. Februar 1929 angegebene Frist zur Deposition der darin erwähnten Wertpapiere wird bis 1. Mai 1929 verlängert. Es wird darauf hingewiesen, daß, wenn dieser Aufsicht nicht genügt, die Liquidationen befreit und die Deposition bis 1. Mai 1929 nicht erfolgt, die Anwendung der Forderungen aus Titeln dieser Wertpapiere gegenüber den angeführten Rechtspersonen als erloschen angesehen werden kann.

b. Über die Holzpreise in den polnischen Staatsforsten veröffentlicht das Posener Tagblatt "Naród i Dzień" eine interessante Betrachtung, die in der Feststellung gipfelt, daß die Konjunktur auf den Holzmarkten rückläufig geworden ist. Maßgebend für die Entwicklung der Holzpreise in den Staatsforsten ist der Januar gewesen, da während des letzten Monats des vergangenen Jahres über die etwaige Verlängerung des deutsch-polnischen Holzprotokolls noch keine Klarheit geschaffen war. Besonders bemerkenswert ist nun, daß die vom Warschauer Landwirtschaftsministerium festgestellten Preise im Januar gegenüber denen vom Dezember im allgemeinen nicht sehr viel abweichen, teilweise aber sogar niedriger sind. Von der sonst im ersten Monat des Jahres auftretenden saisonalen Veränderung des Marktes war diesmal nichts zu spüren. Vergleicht man die Januarpreise mit denen der Hauptaison, so ergeben sich Senkungen um durchschnittlich 16 Prozent. Für Sägemehl und Sägewerks- und Baugewerbe wurden beispielsweise je Kubikmeter im Januar 1928 65,90 Zloty gezahlt, während im Januar 1929 nur noch 56,20 Zloty erzielt wurden. Nur der Grubenholzmarkt zeigt eine auf die Direktionen Bromberg und Thorn beschränkte leichte Beseitung auf.

Chef-Redakteur: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Hans Biese; für Stadt und Land und den übrigen auopolitischen Teil: Marian Herk; für Anzeigen und Reklame: Edmund und Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann & Co. m. b. H. sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich "Der Hausfreund" Nr. 62.



Amerikanische Motore 1½-12 P.S.
für Industrie u. Landwirtschaft, sehr ökonomisch arbeitend und leicht zu bedienen, empfiehlt unter günstigen Zahlungsbedingungen der alleinige Haupt-Vertreter für Pommern.

3. Kujawski, Fabryka Maszyn, Toruń.

Dankesagung!

Hiermit fühle ich mich verpflichtet, der Versicherungs-Gesellschaft "Europa", Sp. A.G. in Warsaw meinen

herzlichsten Dank

auszusprechen für die schnelle Auszahlung des Versicherungskapitals laut Police Nr. 9457 nach dem Tode meiner Frau Hilda, die der Versicherungs-Gesellschaft vom 1. September 1927 angehörte.

Bogdajecz, den

3624 8. März 1929.

(-) Oskar Halicki vel Holice.

Holz-Auktion

auf
tiefenes Bauholz, Montag, den
9 Uhr vorm., im Gathaus Samsiecno.
3605 Oberförsterei Potulice.

Holzverkauf.

Am Sonnabend, dem 23. März,
von 1/2 10 Uhr vormittags ab
findet im Gathaus Pierucki in Spynewo eine
Holzversteigerung statt.
Zum Ausgebot kommen:
ca. 150 fm. Kiefern - Bauholz,
Eichen - Baumfüße,
Stangen und Brennholz nach Vorrat
und Begehr.

Die Forstverwaltung Spynewo.

In- u. Verläufe

Suche Grundstück
ca. 150-300 Mg. mit ob.
oder Innen- u. Dach-, fann
Rente od. Bauernbank
sein. Offerunt. M. 1585
a.d. Geschäftsst. d. Zeitg.

Mein neugeb.

Geschäfts-
grundstück
mit groß. Läden, Lager-
räumen, Wohnung,
worin ich seit 32 Jahren
Eisen, Glas, Porzell.,
Geschäft führe, gute
Existenz, bin ich will,
zu verkaufen eventl. zu
verpachten.

Th. Höver, Rügland.

Industrie-Gehöre

Grundstück

ca. 50 000 qm. am Bahnhof Grudziądz, Gleis-
anschluß, sehr günstige Lage, für jedes In-
dustrie-Unternehmen und Gärtnerei geeignet

auch teilweise
günstig zu verkaufen.

Offerunter. M. 3563 an die Geschäftsst. d. Zeitg.

Durch Frost beschädigte

Kartoffeln

kauf
Kartoffeltrocknung und Brennerei
Dobrzyniewo

p. Wyrzys, Stat. Osiek

3122 Th. Höver, Rügland.

Personen-Auto

offen, gut erh., sof. fahrbereit zu verl. oder
gegen Limousine, out. Fabrikat, zu tauschen gel.

Off. u. B. 3651 an die Geschäftsst. d. Zeitg.

Co. 3000 m³ lieg. Buchholz I.-IV. Kl.

sowie 1000 Am. lieg. Kloben I. Kl.

gibt ab

Zarząd Dóbr Ordynacji Ostromecko

pow. Chełmno. 3587

3121 8 Morgen, zum

größten Teil gefunden

Baldherrstand

stellt zum Verkauf

Dorosala, 3521

Kwiejce Nowe,

poczt. Kwiejce,

pow. Czarnków.

Br. Wallach

3 J. alt. 164 gr. her-
vorrag. schön gedrung.

Fig. fadell Gang steht

preisw. zum Verkauf

Gut. Beder l.

Tąbrowy W.

bezw. zw. B., pow.

Bogdajecz. 1685

Verkaufe preiswert:

2 schwarze Holzhunde

(Schäferhund u. Hün-
din) à 40 zt p. St. u.

sehr jährl. sturen-

reinen, manif. feinen

Bernhardiner

daselbst stehen 3559

Landschafe

mit Lämmern

ständig zum Verkauf

2. Klettner.

Mate Luska, v. Nicewald

Pianino

treulalig, schöner Ton,

auch auf Abzahlung

günstig zu verkaufen

Majewski, Pomorska 65.

1457

Möbel

eleg. neue, sowie be-
neutige Objekte, Herr-
zimm., Schlafzimm.,

Salons, Klubgarnitur,

Sofa, Sess., Schränke,

Bettgest., eis., eichene,

Spiegel in groß. Aus-
wahl, Verleihumtausch,

lang. Garantie, billige

Preise, erleichterte Zah-
lungsbeding., empfohl.

Möbelhaus 1709

R. Janischle

Bogdajecz,

Sniadeckich 56, Tel. 1025.

Gold

Silber, 2896

Brillanten

taut. B. Grawunder,

Bahnhofstr. 20, Tel. 1698

Browning-

flinte

Kal. 16, auf erhält. und

gut im Schuß, zu lauf.

gekauft. Anq. m. Preisang.

u. B. 1674 a. d. St. d. Zeitg.

Rutschwagen

Halbverdeck

fast neu, günstig z. verl.

Off. u. B. 3652 an die

Geschäftsst. d. Zeitg.

1 Drehbant

1,50-2 m, sucht z. lauf.

Quillus, Bogdajecz,

Bogdajecz 28, Tel. 1670.

Majoran

gerebelt, lauft grös.

Quantum 3528

Eugen Wigge, Danzig.

Wohnungen

Große 3- oder 4-

Zimmerwohnung

mit Zubehör. Renov.

viele die Wohnung auf

einzelne Räume u. zahlreiche

ein Jahr Miete im

Bauabs. Off. sind zu

richten an Frau Emma

Brach, Bogdajecz, Bo-

moritz 55, I.

Landsherrsrat

Albert Kunzel.

Möbl. Zimmer

Möbl. Zimmer z. verm.

Danigerstr. 40, III. 1695

G. möbl. Zimm. z. verm.

Jagielska 38, II. 1698

Im Kornmarkt möbl.

Borderzim. 1 Dr. m. bel.

Eine, an solid. Herrn v.

lofort. od. 1. 4. zu verm.

1706 Kujawierstr. 127, II.

An allererster Stelle

Hackmaschinen

des Parallelogrammsystems steht

Original-Schmotzer!

viele D. R. P. und D. R. G. M.

Auf letzter Hauptprüfung der Deutschen Landwirtschaftlichen Gesellschaft (D. L. G.) als

Einige

von 16 Konkurrenzmaschinen des Parallelogrammsystems,
— darunter alle bekanntesten und ältesten Fabrikmarken

prämiert,

1. Preis!

Auf allen weiteren Prüfungen stets preisgekrönt!

Die Richtlinien der hervorragenden

ORIGINAL - SCHMOTZER - KONSTRUKTIONEN

beibehaltend, entstand in fortschreitender Entwicklung das

Modell „STANDARD“

welches wiederum bei dem letzten Arbeitsversuch der D. L. G. als einzigste der vorgestellten Hackmaschinen prämiert und dadurch als Produkt allerhöchster Vollkommenheit anerkannt wurde.

Kein Zeugnis konnte so, wie diese Proben beweisen, daß es Wahrheit war, als die unübertroffenen guten Eigenschaften der Original-Schmotzer-Hackmaschinen in Anspruchungen verkündet wurden.

Besichtigen Sie vor Ankauf einer Hackmaschine die bis heute

Führende

Original-Schmotzer

und dann wählen Sie!

Vorteile gegenüber anderen Fabrikaten treten schon bei oberflächlicher Betrachtung hervor und werden diese erst recht fühlbar bei der Arbeit auf dem Felde. Kaufen Sie keine Hackmaschine mit minderwertigen Ausführungen der Parallelogramme, welche nach kurzer Zeit unbrauchbar werden; sie allein geben den bisherigen Anlaß zur Bemängelung des konstruktiv einzig richtigen Parallelogrammhacksystems.

BEOBACHTEN SIE bei Original Schmotzer-Hackmaschinen:
die patentamtlich geschützten, mit auswechselbaren Büchsen und Schraubbolzen auch mit Hochdruckfestschmierung versehenen Gelenke der aus hochwertigem Stahlmaterial hergestellten

SCHMOTZER - PARALLELGRAMME,

die patentierte automatisch wirkende

Messerschnittwinkeleinstellung (ohne Hinzutun menschlichen Willens)

die in allen ihren Einzelkonstruktionen hochwertige Arbeit aus Stahl hoher Festigkeit.

Verlangen Sie aufklärende Prospekte!

Bezug zu günstigen Bedingungen durch Maschinenhandlungen, oder wo nicht erhältlich, vom Werkvertreter und Lagerhalter in Polen, der größten Spezialfabrik in Hackmaschinen und Kartoffelgräbern H. SCHMOTZER Windsheim i/B.



TELEFON